

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 3. September 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummern 5 Pf. Sonntags-
Nummern mit illustriertem Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Die Kartellfrage.

I. Der Zweck der Kartelle.

Die rasche Zunahme der Kartelle, ihr wachsender Einfluß auf die Entwicklungsrichtung der Industrie wie auf die Wirtschaftspolitik der Regierung haben in letzter Zeit der öffentlichen Meinung immer wieder neuen Stoff zur Beschäftigung mit ihrem Wesen und mit ihrer Stellung im Wirtschaftsleben geboten. In den Berichten kaufmännischer und industrieller Verbände, in Zeitungen und Fachzeitschriften: überall wird das sogenannte Kartellproblem erörtert, und selbst die sich speziell mit ihm befassende wissenschaftliche Litteratur beginnt sich zu ansehnlicher Breite auszuweiten.

Zu den letzten Veröffentlichungen dieser Litteratur zählt die vor ungefähr 14 Tagen im Verlage von Duncker u. Humblot erschienene Schrift „Ueber Kartelle“ des österreichischen Nationalökonom Dr. Joseph Grunzel. Vom Standpunkt des Kartellfreundes geschrieben, sucht sie den bisher von den Kartellen zur Begründung ihrer Politik vorgebrachten Gründen und Argumenten wissenschaftlichen Gehalt und präzise Fassung zu geben, gelangt aber gerade dadurch wider den Willen ihres Verfassers dazu, die Schwäche dieser Gründe und ihre Unhaltbarkeit nachzuweisen.

Als vor einigen Jahren die Kartell- und Syndikatsbildungen zuerst in der volkswirtschaftlichen Litteratur Beachtung fanden, sahen nicht nur die Volkswirtschaftler der socialistischen Schule, sondern auch manche Halb- und Viertelsozialisten in den Kartellen, Syndikaten und Trusts Organisationen zur Aufhebung der bisherigen Anarchie der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die von den Kartellen und Trusts in Angriff genommene Regelung der nationalen Produktion, so hieß es, werde in ihrer Wirkung dahin führen, den Schwankungen der Konjunktur vorzubeugen und eine gewisse Stabilität der Marktverhältnisse herzustellen. Damit würde auch die Krise, das bisherige Schreckgespenst der kapitalistischen Produktionsweise, verschwinden. Einige besonders reich mit Phantasie ausgestattete Schriftsteller fanden sogar, daß durch diese neuen „triebkräftigen“ Bildungen die bislang dem Kapitalismus drohenden Gefahren überwunden seien, und konstruierten sich allerlei Verjüngungs- und Verewigungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise.

Wie mit so manchen andern, hat auch mit diesen Eintagstheorien die hereinbrochene Krise ziemlich aufgeräumt. Gerade in jenen beiden europäischen Ländern, in denen die industrielle Kartellierung am weitesten vorgeschritten ist, in Deutschland und Oesterreich, hat die Krise eingesetzt und die größte Ausdehnung erlangt; und gerade jene Industrien, in deren einzelnen Branchen die Kartelle und Syndikate die weiteste Herrschaft über den einheimischen Markt gewonnen hatten, die Eisen- und die Kohlenindustrie, wurden am schwersten durch sie getroffen. Anstatt als ein Förderungsmitel der Anpassung an die durch die Krise veränderte Marktlage erwiesen sich die Kartelle vielmehr als Antrieb zu weiterer Fortsetzung der Ueberproduktion. Denn die Koh- und Halbstoffverbände zwangen ihre Abnehmer, die sie vorher durch Bedrohung mit wirtschaftlichen Nachteilen fast gewaltsam zum Abschluß langfristiger Lieferungsverträge getrieben hatten, zur Abnahme der früher in Auftrag gegebenen Warenmengen zu den damals vereinbarten hohen Preisen. Sie nötigten also die ihre Koh- und Halbstoffe verarbeitenden Industriezweige trotz der vorhandenen Ueberfüllung des Marktes, die Produktion mit Verlust fortzusetzen und dadurch den Markt noch mehr zu überlasten.

Dieses Ergebnis der „regulativen“ Kartellthätigkeit, wie so manche neuerdings im amerikanischen Trustwesen hervorgetretenen Mißstände haben die Lobreden der Kartellbewunderer merklich herabgestimmt. Soweit letztere nicht einfach mit dem Einwand antworten, die hervorgetretenen Fehler seien keine notwendigen Eigenheiten der Kartelle, sondern nur anfängliche Jugendmängel, vermeiden sie es in ihren neueren Schriften, die Kartelle ohne weiteres als Organisationshinrichtungen, durch die das kapitalistische Produktionssystem geregelt wird. Meist wird nur von Regulationstendenzen oder von den auf eine Regelung gerichteten Zwecken der Kartelle gesprochen. Zu denen, welche letztere Variation vorziehen, gehört auch Professor Grunzel.

Ueber den wirklichen Zweck, den die Unternehmer mit der Gründung von Kartellen und Syndikaten verfolgen, kann kaum ein Mensch, der sich die Motive und Absichten der Gründer ansieht, im Zweifel sein: der Zweck besteht in der Erlangung wirtschaftlicher Vorteile. Bestätigt wird das durch die Thatsache, daß in Zeiten normaler Geschäftsverhältnisse nur wenig Kartelle entstehen; meist erfolgt die Kartellbildung unter dem Druck einer hereinbrechenden Krise oder in Perioden raschen wirtschaftlichen Aufschwunges. Im ersten Fall treibt die Unternehmer das Motiv zur Kartellierung, dem Druck auf den Markt gemeinsam entgegenzutreten, im letzteren Fall die Lösung, durch den Zusammenschluß sich eine bessere Ausnutzung der Hochkonjunktur zu sichern. Derartige Vorteile sind aber meist — die Bezugskartelle bleiben hier außer Betracht — nur durch die Herstellung und Erhaltung einer gewissen Preislage für die von den Kartellen produzierten oder in den Handel gebrachten Erzeugnisse zu erlangen, und da der Preis im heutigen Wirtschaftsleben durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird, ergibt sich als Mittel zum Zweck eine Einwirkung auf diese beiden Faktoren in ihrem Verhältnis zu einander.

Die gewöhnliche Art der Einwirkung besteht in Produktionsbeschränkung, Abschließung größerer Warenmengen nach den Auslandsmärkten und Festsetzung bestimmter Preise und Verkaufsbedingungen; doch finden sich neben diesen noch manche andern Formen, z. B. die Einteilung der in- und ausländischen Absatzgebiete in bestimmte Rayons und Zuweisung dieser an die einzelnen Betriebe, hin und wieder auch, vornehmlich bei den amerikanischen

Lebensmittel-Kartellen und Trusts, die Vernichtung oder das absichtliche Verderbenlassen allzu reicher Vorräte.

Dieser sich aus der Thätigkeit der Kartelle klar ergebende Zweck paßt indes den Lobrednern der Kartelle schlecht in ihre Argumentation; denn ist der Zweck des Kartells lediglich der Nutzen der Unternehmer und die Produktions- und Absatzregelung nur ein der Mittel, diesen Nutzen zu erreichen, so folgt daraus weiter, daß von den Kartellen die Regelung nur so weit getrieben wird, als dies ihrem Nutzen dient. Und thatsächlich lehrt denn auch die bisherige Erfahrung, daß in Zeiten flotten Geschäftsganges, wenn die Preise steigen, die Kartelle ebenso wie die unkartellierten Unternehmungen fröhlich darauf los fabrizieren, unbestimmt um die drohende Ueberproduktion. Oft fördern sogar die Kartelle die letztere, indem sie, gestützt auf ihre Nachmittel, einerseits die Ausführung kleiner Aufträge ablehnen und ihre Kunden dadurch zur Erhöhung ihrer Bestellungen nötigen, und indem sie andererseits ihre Abnehmer zwingen, ihnen ihren Bedarf lange vor dem Gebrauch in Auftrag zu geben, häufig 1-2 Jahre vorher, also zu einer Zeit, wo es noch völlig unmöglich ist, die Marktlage zu übersehen.

Aus diesem Verhalten soll den Kartellen kein Vorwurf gemacht werden: der Gewinn ist nun mal das Motiv der kapitalistischen Produktion. Die Verteiliger der Kartelle brauchen jedoch, um deren volkswirtschaftliche Nützlichkeit nachzuweisen, einen vom Sonderprofit der Unternehmer getrennten „edlen“ Zweck. Und sie erhalten ihn, indem sie einfach das Mittel als Zweck setzen und erklären, das Ziel der Kartelle sei die „gemeinsame Regelung der Produktion und des Absatzes“ — natürlich zum allgemeinen Besten.

Wie Herr Professor Grunzel bei diesem Definitionskunststück verfährt, ist recht interessant. Zunächst schildert er die nachteiligen Folgen der „freien Betätigung der individuellen Kräfte“ im modernen Wirtschaftsgebiete, preist als Heilmittel die „gemeinwirtschaftliche Organisation“, identifiziert diese kurzer Hand mit der Kartellorganisation, und folgert dann, wenn man einer gemeinwirtschaftlichen Organisation das Wort rede, dann hätte „jedes Kartell durch seine bloße Existenz den Beweis seiner Notwendigkeit erbracht“. Darauf wird die Frage aufgeworfen: „Was ist ein Kartell?“ — und als sein Zweck unter der Begründung, nicht alle Kartelle träfen Preisfestsetzungen, kurzweg „die gemeinsame Regelung der Produktion und des Absatzes“ erklärt.

Damit ist an die Stelle der Profitvergrößerung glücklicherweise die Produktionsregelung als Zweck des Kartells konstituiert: ein guter Anfang auf dem Wege zur Erweisung der allgemeinen Nützlichkeit der Kartelle, denn wer leugnet heute noch, daß die regellose Produktion schwere Gefahren für das gesamte Wirtschaftsleben heraufbeschwört. Allerdings scheint dieser schöne Zweck nicht recht im Einklang mit den monopolistischen Bestrebungen der Kartelle und mit ihrer Preispolitik zu stehen; doch Herr Professor Grunzel weiß sich zu helfen. Er erklärt einfach: Zwar schwebt manchen Kartellen das Monopol als Ideal vor, aber darauf läme es gar nicht an, sondern darauf, ob für die Durchführung des Kartellzwecks das Monopol notwendig sei. Davon könne jedoch keine Rede sein; es genüge vollständig, „wenn die vereinigten Firmen durch das Produktionsquantum, welches sie repräsentieren, oder durch das Ansehen, welches sie in ihrer Branche genießen, oder durch das Vertrauen, welches ihnen die Konsumenten entgegenbringen, in der Lage sind, den Markt im Sinne der beabsichtigten Regelung zu beeinflussen“. Und selbst wenn ein Kartell alle Betriebe eines Industriezweiges umfasse, befähige es noch immer kein Monopol, „weil ja die Möglichkeit einer neuen Konkurrenz fortbesteht“.

Eine seltsame Logik, die aber für Herrn Grunzel das Gute hat, daß sie ihn glauben läßt, der von ihm konstruierte „Zweck der Kartelle“ sei etwas Wirkliches, nicht bloß eine naive Verwechslung des Zweckes mit dem Mittel.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. September.

Freisinn-Beschwörungen. Die Liberalen sind äußerst ungehalten, daß die Socialdemokratie in ihren Erörterungen über die künftigen Reichstags- und Landtagswahlen, anstatt den Liberalen uneingeschränkte Hilfe zu erweisen, in erster Linie die eignen Interessen vertreten will.

Die „Vossische Zeitung“ befehlet und beschwört uns, bei den Landtagswahlen unsern Vorstoß „nicht gegen die bürgerliche Linke, sondern gegen die Agrarier und die Ultramontanen zu richten“; wir sollen „die Freisinnigen schlechweg unterstützen, nicht um der Freisinnigen willen, sondern um ein ausreichendes Gegengewicht gegen die bisher regierenden Parteien zu schaffen“, es müsse sich um die Zurückdrängung der Rechten, nicht um die Erreichung socialdemokratischer Mandate handeln!

Der Freisinn ist unsres aufrichtigen Weilseds gewiß, daß er also offen um fremde Hilfe zu bitten sich nicht scheuen darf. Die Socialdemokratie war auch stets bereit, das „kleinere Uebel“ zu wählen. Aber es geht wohl zu weit, die größte Partei Deutschlands und Freisinn aufzufordern, sie solle lediglich für den Freisinn in den Kampf gehen. Gewiß wird unsre Partei alles vermeiden, was eine mögliche Stärkung der konservativen Reaktion herbeiführen kann. Doch das ist nur dann möglich, wenn der Freisinn das selbe Bestreben betätigt, wenn er, wie es seinen Grundsätzen doch wohl entspricht, auch das Recht der Socialdemokratie auf Vertretung im Landtag anerkennt.

Zur Stellungnahme zu den Zollbeschlüssen der Reichstags-Kommission wird die Centrumsfraktion auf den 16. d. M. einberufen. Da soll die Richtung gewiesen werden, wie das große Fragezeichen zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteien zu günstigem Abschluß gebracht werden kann. Am 18. d. M. soll dann

die Unterkommission die Redaktion der Beschlüsse erster Lesung besorgen und am 22. soll die zweite Lesung beginnen. —

Mit fürmender Pöhllichkeit wurde die Sühne an den Gumbinner Offizieren vollzogen. Die „Frankf. Zeitung“ erfährt aus Berliner militärischen Kreisen, daß, nachdem der Bericht in Berlin eingelaufen war, die Betreffenden telegraphisch zur Einreichung ihres Abschiedsgesuches aufgefordert wurden.

Die Ratgeber des obersten Kriegsherrn scheinen also keine Zeit gehabt zu haben zur Ueberlegung, ob nicht der Einbruch, den die schnelle und plötzliche Beendigung Hildebrandts in ihnen hervorrufen mußte, als mildernder Umstand in Betracht gezogen werden könne.

Ueber die Vorgänge, welche zur Verabschiedung der Offiziere führten, wird dem „V. L.“ aus Ostpreußen noch geschrieben: „Die Idee der feierlichen Esortierung Hildebrandts soll von Hauptmann v. Frankenberg und Oberleutnant Rumbaur bereits vor der eigentlichen Abschiedsfeier ausgedacht worden sein; der Hauptmann war Chef, der Oberleutnant Führer je einer Batterie. Vermutlich haben die Benannten Mannschaften und Pferde aus beiden Batterien zur Esorte herangezogen. Lieutenant der Esorte war Lieutenant George, welcher zum Train versetzt worden ist. Dem Abteilungscommandeur, Major Diederhoff, soll zum Vorwurf gemacht worden sein, daß er, nach dem Abschiede aus dem Kasino heraustrittend und den Aufzug erblickend, denselben nicht inhibiert hat; der Regimentscommandeur endlich soll darin gefehlt haben, daß er am andren Tage die Urheber des Arrangements nicht bestraft hat, obgleich ihm das seitens des Garnisonsältesten, Generalmajors Stamm, nahegelegt wurde.“

Uebrigens stellt jetzt die „Köln. Ztg.“ die Meldung, daß auch der Lieutenant Hildebrandt selbst zur Disposition gestellt sei, in Abrede. —

Centrumdirt. Der Centrums-Abgeordnete Schmitt, Vertreter für Mainz-Oppenheim im Reichstage, hat nach der „Köln. Volkszeitung“ auf eine Einladung zu einer socialdemokratischen Versammlung behufs Besprechung über die Fleischsteuerung geantwortet:

„Die jetzige Fleischsteuerung bedauere auch ich lebhaft und bekämpfe sie, wo und wie ich nur kann, weil ich der Ueberzeugung bin, daß sie hauptsächlich durch unnötige strenge Maßnahmen der Regierung künstlich herbeigeführt ist und die Lebenshaltung besonders des wirtschaftlich schwächsten Teiles der Konsumenten ohne stichhaltigen Grund ungerechtfertigt belastet.“

Es ist recht löblich, daß der Abg. Schmitt also die Fleischnot anerkennt, bedauert und bekämpfen will. Aber gänzlich unrichtig ist es, der Regierung alle Schuld für die Schwierigkeiten in der Fleischversorgung zuzurechnen. Das Centrum ist vor allen andern schuldig! Durch seine Unterstützung allein konnten die „unnötigen“ strengen Maßnahmen der Regierung zur Verwirklichung gelangen. —

Massenerkrankungen infolge der Fleischnot. Aus Erfurt wird uns gemeldet: Die hier herrschende Fleischnot und enorme Fleischsteuerung haben auch schon dahin getrieben, daß Fleisch zum Verkauf und Verbrauch kommt, das Massenerkrankungen gezeitigt hat. Bei einem großen Teile der Anwohner der hiesigen Thomaststraße, vor allem auch bei Arbeitern einer dortigen Schuhfabrik und der Eisenbahnwerkstatt sind Erkrankungen ausgebrochen, die auf den Genuss des von einer bestimmten Stelle bezogenen Schweinefleisches zurückzuführen werden. Die Eisenbahnwerkstatt giebt deshalb schon durch Aufschlag bekannt, daß vor dem Genuss rohen Schweinefleisches gewarnt werde. In der Stadt herrscht infolge dieser Erkrankungen eine starke Erregung. —

Eine richtige Bemerkung berichtet ausnahmsweise die „Deutsche Tageszeitung“, indem sie zur Verabschiedung der Gumbinner Offiziere schreibt:

„Wenn die Veranstalter einer solchen Feyer nicht im Heere bleiben können, dann können unsres Erachtens auch solche Offiziere nicht mehr dem aktiven Heeresverbande angehören, welche beispielsweise sich großer Mißhandlungen ihrer Untergebenen schuldig gemacht haben.“

Letzter haben die Konservativen früher stets Soldatenmißhandlungen möglichst milde betrachtet und die Socialdemokratie niemals unterstützt, wenn sie die Entlassung der Soldatenschilder forderte. —

Belohnter Kanalrebell. Dr. Baartj, der frühere, wegen seiner Abstimmung in der Kanalfrage zur Disposition gestellte Landrat des Kreises Rosen-Ost, ist, wie nach dem „Vos. Tagebl.“ in beteiligten Kreisen verlautet, zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Ober-Regierungsrats Bayer anberufen. —

Die bösen Bayern. Voll Horn und Trauer berichten einige Chauvinisten-Blätter:

„Die bayerische Gesandtschaft in Berlin klagt am Sedantage nicht mehr. Wir haben die gleiche Wahrnehmung bereits im vorigen Jahre gemacht, jedoch nahmen wir Anstand, damals auf diese auffällige Thatsache hinzuweisen, da, wie wir glaubten, zufällige Umstände die Unterlassung der Klagenhörung veranlaßt hätten. Heute haben wir uns überzeugt, daß die Gesandtschaft den nationalen Festtag wiederum unbeachtet läßt, obwohl andre in der gleichen Strafe belegene deutsche Gesandtschaften ihre Teilnahme daran durch die hochgezogene Fahne bekunden. Hiernach ist anzunehmen, daß das eigentümliche Verhalten der bayerischen Gesandtschaft auf generelle Weisung zurückzuführen ist.“

Es ist zu schrecklich, daß die Bayern aufhören, die Erinnerung eines ungeliebten Krieges alljährlich neu zu erwecken. —

Remundbierzig ehemalige Boerenkrieger deutscher Nationalität, darunter 3 Offiziere, die zum größten Teil seit langer Zeit auf St. Helena in englischer Gefangenschaft gewesen waren, sind Montagmorgens mit dem Reichspostdampfer „Herzog“ in Hamburg angekommen. —

Ein neues koloniales Tauschobjekt wird Deutschland von England als Bötter dargeboten. Der Vorschlag geht diesmal dahin, Deutsch-Ostafrika gegen Cypern zu tauschen, wie man ja schon früher einmal deutsch-afrikanisches Gebiet gegen Belgoland getauscht hat. Die „Times of India“, die diesen Vorschlag macht, meint, daß England Deutsch-Ostafrika zur Abrundung seines afrikanischen Besitzes gebrauchen könne, während Deutschland im Besitz von Cypern für England gegen etwaige russische Angriffe einen wirksamen Pufferstaat bilden könnte. In England weiß man ja derartige deutsche Pufferdienste bekanntlich zu schätzen, tauchte doch erst unlängst das Projekt auf, Deutschland zum Erwerb von Wei-hai-wei zu veranlassen. So wertlos selbst nach des Hänge-Peters Urteil Deutsch-Ostafrika ist, so thöricht und gefährlich wäre doch ein Austausch gegen Cypern.

Ausland.

Jévoas Abfall von der Arbeiterpartei.

Paris, 31. August. (Fig. Ver.) Innerhalb der guesdistischen Föderation des Jévoas-Departements ist es seit einiger Zeit zu einer Spaltung gekommen. Die Schuld daran trägt der frühere guesdistische Abgeordnete von Grenoble, Alexandre Jévoas, ein noch junger Mann, der sich durch eine unermüdbare agitatorische Tätigkeit sowie durch seine parlamentarische Wirksamkeit in der früheren Kammer einen guten Namen in der französischen Arbeiterpartei gemacht hat. Seit seiner Deputiertenwahl 1898 gewann er einen großen Einfluß in Grenoble und im ganzen Jévoas-Departement.

Sein Mißerfolg in den letzten Kammerwahlen scheint aber ihn zu Abplitterungsgeboten geführt zu haben. Als sein erster persönlicher Seitenprang ist der Stichwahl-Aufstieg zu betrachten, worin er um die bürgerlich-republikanischen Stimmen warb in einer Weise, die am wenigsten mit dem streng guesdistischen Standpunkt vereinbar ist. Er berief sich da auf die „Menschenrechte“ von 1789 genauso, wie es dem verworrensten unter den jauchenden Kandidaten anstehen würde.

Der Streit kam zum Ausbruch, als Jévoas sich des Grenobler Tagesblattes „Droit du Peuple“ („Volkrecht“) bemächtigte, das bis dahin unter seiner Chefredaktion das offizielle Organ der guesdistischen Föderation war, um die Leitung der Partei-Organisation durch seine persönliche Leitung zu ersetzen. Dann verabschiedete er seinen „Ausschreiß“ gegen das Parteiblatt, wie das guesdistische Manifest sich ausdrückt, durch Gründung einer „Socialistischen Partei von Grenoble“ die nach hier zu Lande bekannten Mustern ganz „autonom“, d. h. in totaler Selbstherrlichkeit verbleiben will.

In der letzten Nummer des „Socialiste“, des wöchentlichen Centralorgans der Arbeiterpartei, wird das Manifest der Jévoas-Föderation gegen Jévoas und Genossen veröffentlicht. Es heißt da u. a.: „Wir sind nicht gewillt, und Ihr, Arbeiter, werdet nicht gewillt sein, Euer Befreiungsideal zu verlassen, Euer Recht auf die Revolution gegen ein Vinsengericht zu verkaufen, d. h. gegen einige Wahlkombinationen oder einige Augenblickserfolge. Erfolge dieser Art sind schlimmer als Niederlagen; sie führen notwendig zur Ohnmacht und zum Abfall auf der einen, zur Enttäuschung und Entmutigung auf der andern Seite. Diese neue Taktik, zu welcher man die socialistische Partei hinführen möchte, ist nicht als Pöbelerei oder gefährliche Fälschung seitens derjenigen, die eine Fraktion der Bourgeoisie zu erobern versprechen oder glauben, während es die letztere ist, die sie erobert. . . . Heilen wir uns von Persönlichkeiten. Mäße unsere Achtung und unsere Bewunderung gegenüber einem Genossen, der unserer Sache große Dienste geleistet haben mag, nicht in blinde und vernunftlose Ergebenheit umschlagen. . . .“ Die zahlreichen Unterschriften von Gruppen-Schriftführern und Kassierern, von Gemeinderäten, Generalrats- und Bezirksrats-Mitgliedern des Departements, die das Manifest trägt, betweisen, daß die Hauptkräfte der Föderation der Arbeiterpartei treu geblieben sind.

Der Abplitterungsversuch eines Mannes, wie Jévoas, dem überdies ein ziemlich verbreitetes Tagesblatt zur Verfügung steht, bleibt nichtsdestoweniger von trauriger symptomatischer Bedeutung. Neben den zwei großen Landesparteien und der allemantischen, auf Paris und Umgebung beschränkten „Partei“ gibt es jetzt in Frankreich einige von vornherein lokale „Parteien“, logische und tatsächliche Mißbildungen, die keinen andern Existenzgrund haben als die allgemeine Verklüftung des französischen Socialismus, ein Boden, auf dem persönliche und lokale Selbstherrlichkeiten-Gelüste üppig gedeihen und ihrerseits die Desorganisation fördern.

Schweiz.

Der zweite socialdemokratische Massensieg von Anserhölz. Zürich, 1. September. (Fig. Ver.) Der mit so absoluter und unfehlbarer Sicherheit, wie noch nie erwartete Sieg der Socialdemokratie bei den Neuwahlen zum Kantonsrat in Anserhölz ist nun in der That errungen worden und zwar mit einer so großen Stimmenzahl und mit einer so wichtigen Mehrheit, daß der Jubel und die Begeisterung der Züricher Arbeiterschaft am Sonntagabend, als die Resultate bekannt wurden, aufs höchste stiegen. Die von dem gewaltthätigen, das Geletz mit Füssen tretenden Kantonsrat mißhandelte Arbeiterschaft durfte sich auch ehrlich und mit vollem Herzen freuen ob des aus eigener Kraft errungenen, einzig dastehenden glänzenden Sieges, der zugleich die wohlverdiente schallende Ohrfeige als passende Antwort auf die Gewaltthat des „hohen Kantonsrates“ der Stadtmenagen und Dorfmatadore ist. Die unter anseherndem Umständen vorgenommene Wahl ging unter starker Beteiligung der Wähler als am 27. April vor sich. Damals gingen 9271 Wähler zur Urne, diesmal 9571, um 300 mehr. Damals wurden 16350 leere Stimmen abgegeben, diesmal nur ca. 1000. Damals erhielten die Genossen Professor Dr. Grismann mit 5392 Stimmen die höchste und Moon mit 4362 die Mindestzahl, diesmal erhielt ersterer 6318, um fast 1000 Stimmen mehr, und letzter mit der Mindestzahl von 5024 um fast 700 Stimmen mehr. Dagegen erfuhr der Kurs der bürgerlichen Partei-Aktien einen derartigen Sturz, daß man schon von einem Krach reden kann. Am 27. April betrug ihre Maximalzahl 4029, die Minimalzahl 3429, diesmal 3648 und 3272. Die Socialdemokraten erhielten fast noch einmal soviel Stimmen wie ihre bürgerlichen Gegner. Mit dieser Kraftprobe ist die Parteistrage in Anserhölz für alle Zeit entschieden, es ist eine Domäne für die Socialdemokratie, die durch keinen Gewaltakt und keinen politischen Säuerstreich ihr mehr entzogen werden kann. Wir gratulieren den Preisfechtern der schweizerischen Socialdemokratie zu ihren Siegen.

Frankreich.

Die Tagesordnung des XX. Kongresses der französischen Arbeiterpartei (21. bis und mit 24. September zu Moudun) ist auf Antrag mehrerer Föderationen vom Nationalrat (Partei-Vorstand) durch drei Punkte verabschiedet worden: Schaffung eines täglichen Centralorgans, die Kongregationen und der Antifederalismus, das Agrarprogramm der Partei und die Propaganda auf dem Lande. Es enthält die Tagesordnung neben den Geschäftsberichten und Berichten der Deputierten und Gemeinderatsmitglieder folgende Verhandlungsgegenstände: Die erste allgemeine Wahlkampagne und ihre Folgen; das Funktionieren der revolutionären-socialistischen Einigkeit; Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Der guesdistische Kongreß geht bekanntlich unmittelbar dem ersten Kongreß der revolutionären-socialistischen Einigkeit voraus, welcher letzterer in Commeny (Nieder) vom 25. bis und mit 28. September tagen wird.

Asien.

Chinesische Zinszölle. Nach einer Laffan-Meldung wird das in der amtlichen „Peking-Zeitung“ veröffentlichte kaiserliche Edikt, das die Aufhebung sämtlicher Zins-Stationen im ganzen Reich anordnet, durch eine Richtigeinstellung, welche in der morgigen Ausgabe der „Peking-Zeitung“ erscheinen wird, völlig umgestoßen werden. Die Richtigeinstellung wird die Mitteilung machen, daß das kaiserliche Edikt infolge falscher Auffassung des Uebersetzers nicht richtig wiedergegeben worden ist. Der chinesische Text sollte lauten: „Wenn alle Mächte einer Erhöhung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle zugestimmt haben werden, wird der Zins aufgehoben werden.“

Das Telegramm bestätigt die in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ geäußerte Meinung, daß die chinesische Regierung keineswegs für eine Aufhebung der Zinszölle sei, sondern dem Verlangen Englands durch eine Fassung der Aufhebungsverfügung auszuweichen suche, die ihr die Beibehaltung der Zinsabgaben in der einen oder andern Form gestatte.

Afrika.

Unruhen in Marokko. Nach einem Renter-Telegramm aus Tanger wird aus Mequinez gemeldet, daß Berberstämme jener Gegend die Stadt angegriffen hätten und nur dadurch davon abgehalten worden seien, in der Stadt selbst Verstecke zu machen, daß der Gouverneur sie zu beschuldigen verstanden habe. Das Judenquartier ist geschloffen und mit Barricaden versehen worden. Die Bewohner desselben sind in großer Angst um ihr Leben. Die Ängste Umwallung ist von dem Feinde befehrt. In den Eingeborenenquartieren geht das Gerücht, die Bewegung sei zu Gunsten des Bruders des Sultans Mahamed erfolgt.

Warnung vor Einwanderung in Südafrika. Das Arbeitsamt der Regierung in Kapstadt hat bekannt gegeben, daß ganze Scharen von Maurern, Zimmerleuten und Handwerkern verschiedener Art arbeitslos sind. Die Letztere nimmt überhand und die Parks sind mit Obdachlosen angefüllt. Verbrechen und Gewaltthatigkeiten sind an der Tagesordnung. Werkunfähigerweise sollen diese Verbrechen von der Presse totgeschwiegen werden. So sind im Monat August mehr als 40 Fälle von Ueberfall, verbunden mit Raub, nicht veröffentlicht worden, und zwar, wie man annimmt, weil Soldaten die Uebelthäter waren.

Amerika.

Abermals die Monroe-Doktrin. Präsident Roosevelt kam am Montag in einer Rede, die er in Proctor im Staate Vermont hielt, wiederum auf die Monroe-Doktrin zu sprechen. Er führte aus: „Wir glauben an die Monroe-Doktrin keineswegs, als wenn sie Angriffsmittel wäre. Sie bedeutet nicht, daß wir gegen irgend eine Macht aggressiv sind, sie bedeutet vielmehr nur, daß wir, als größte Macht dieses Kontinents, dem zuerst unter der Präsidentschaft Monroes aufgestellten Grundsatz treu bleiben, daß dieser Kontinent von seiner europäischen Macht, welche es auch sei, als ein Gegenstand politischer Kolonisation betrachtet werden darf. Die Doktrin wird so lange respektiert werden, als wir eine starke Marine haben, nicht viel länger. . . . Wenn wir eine Position annehmen, wollen wir uns vor Augen halten, daß ihre Aufrechterhaltung von uns selbst abhängt, und zwar abhängt davon, daß wir zeigen, wir haben die Fähigkeit, sie aufrechtzuerhalten. Schande über uns, wenn wir die Monroe-Doktrin verfechten und dann, wenn unser Anspruch in Zweifel gezogen wird, nur zeigen, daß wir eine leere Phraserei vorgebracht haben und daß wir nicht im Stande sind, unsere Worte durch Thaten zu unterstützen.“

Die Rede Roosevelts bereitet offenbar die gestern erwähnte neue Marinevorlage vor.

Auträge

zum

socialdemokratischen Parteitag

am 14. September und folgende Tage

zu München in der Schwabinger Brauerei, Leopoldstr. 82.

Vorstandsbericht.

1. Parteigenossen in Nürnberg: Den Parteivorstand ersuchen, in seinem Rechenschaftsbericht Auskunft zu geben, was er und die Reichstagsfraktion zur Durchführung der früheren Parteitag-Beschlüsse gethan haben.
2. Parteigenossen in Wandsbek: beim Bericht des Parteivorstandes (Geschäftsbericht) die Frage gesondert zu behandeln: „Wie stärken wir die Finanzen unserer Partei?“
3. Parteigenossen in Berlin VI: Die Delegierten zum Parteitag sind beantragt, Protest gegen die Maßnahmen des Parteivorstandes (in betreff der Versicherung der Partei-Angestellten) einzulegen.
4. Parteigenossen des III. Hamburger Wahlkreises (Distrikt Hamm): Das Ansehen des Vereins „Arbeiterpresse“, welches dahin geht, invaliden Redactoren und Angestellten sowie deren Witwen und Waisen, soweit die Versicherung auf Kosten der Partei oder Gewerkschaften geschehen soll, zu versichern, ist abzulehnen und zwar solange bis wir den Zukunftsstaat erlämpft haben.
5. Parteigenossen in Breslau, Bremen, Kalbe-Wassersleben, des Kreises Liegnitz, Goldberg, Hainau, Berlin V und Magdeburg: In einem besonderen Punkte der Tagesordnung unsere Stellung zu den Wahlkämpfen in den Einzelstaaten und besonders zu den preussischen Landtagswahlen zu erklären.
6. Parteigenossen in Magdeburg: Stellungnahme zu den preussischen Landtagswahlen, eventuell durch Veranlassung eines besonderen Parteitages für Preußen.
7. Parteigenossen in Berlin V: Den Punkt „Kommunalpolitik“ event. weglassen zu lassen.
8. Parteigenossen in Magdeburg: „Die Wirtschaftskrisen“ auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, wenn nicht im Referat des Genossen Vebel oder in dem des Genossen Mollenbutz diese Frage eingehend behandelt werden sollte.
9. Parteigenossen in Bremen: Bei dem Punkt „Arbeiterversicherung“ der Tagesordnung sich zur reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitslosen- und Witwen- und Waisenversicherung zu erklären.

Taktik.

10. Parteigenossen des 170. Stadtbezirks Berlin O.: dahin zu wirken, daß bei eventuellen Stichwahlen zwischen einem Kandidaten der freisinnigen Partei und einem solchen einer andern bürgerlichen Partei die Parteigenossen des in Frage kommenden Wahlkreises sich der Stimmabgabe zu enthalten haben.
11. Parteigenossen in Greifswald-Grimmen: Die Parteigenossen werden verpflichtet, in allen Wahlkreisen eigne Kandidaten aufzustellen. Im Falle einer Stichwahl, bei welcher ein Parteikandidat nicht in Frage kommt, ist mit Rücksicht auf die in letzter Zeit besonders zu Tage getretene erbärmliche Schlappeheit und Wortbedeutungslosigkeit der bisher von uns unterstützten bürgerlichen Parteien strikte Stimmenthaltung zu proklamieren und zu üben.
12. Parteigenossen in Berlin III: Die Sonderkandidaturen der polnischen socialdemokratischen Partei in Oberschlesien sind zu verwerfen.
13. Parteigenossen in Breslau: Die von der Wapdorfer Konferenz der ober-schlesischen Genossen aufgestellten Reichstagskandidaten sind als die rechtmäßigen Kandidaten der socialdemokratischen Partei anzuerkennen und ist der Parteivorstand zu ersuchen, diese Kandidaturen durch finanzielle Mittel nach Kräften zu unterstützen.
14. Parteigenosse Wittau und 27 Genossen in Badrege protestieren gegen die Beschlüsse der Wapdorfer Konferenz in Bezug

auf die Kandidatur im Wahlkreise Rattowitz-Jadze und verlangen Aufhebung des bezüglichen Beschlusses.

15. Parteigenosse Lebins in Dresden: Die politische und gewerkschaftliche Sonderorganisation der politischen Socialdemokraten ist berechtigt, weil die Polen in der deutschen Organisation infolge ihrer völligen oder teilweise Unkenntnis der deutschen Sprache benachteiligt sind. — Auch eine Sonderorganisation, die die politischen Socialdemokraten aus nationalen und nicht nur aus praktischen Gründen schaffen, dürfen wir als Vorkämpfer der internationalen Völkerverbrüderung nicht bekämpfen. Andernfalls stelle sich die deutsche Socialdemokratie auf den Standpunkt der Schulmeister von Wien. Internationalität schließt Nationalität nicht aus, wie schon Liebknecht 1897 in Hamburg ausführte. — Ueberall, wo eine gemeinsame Aktion beider Nationalitäten wünschenswert ist, z. B. bei Wahlen und Wahlkämpfen, möge eine Verständigung auf Grund der Stärkeverhältnisse beider Organisationen stattfinden.

16. Parteigenossen in Augsburg: Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß Poleniten von Parteigenossen, welche an Artikeln von Parteiorganen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, wiederum in Partei-Organen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren gepostet werden.

Organisation.

17. Parteigenossen in Magdeburg: Im § 8 des Organisationsstatuts hat 4 Wochen 8 Wochen zu legen.
18. Parteigenosse Friedrich Kölle in Nürnberg: Im Organisationsstatut der socialdemokratischen Partei ist im § 2, Abs. 1 hinter die Worte „Schuldig gemacht hat“ der Satz anzufügen: „Gegen Parteigenossen, die aus einer Landesorganisation ausgeschlossen wurden, ist der Antrag auf Ausschluß aus der Gesamtpartei zu stellen.“
19. Parteigenosse Karl Windhoff in Düsseldorf: Der § 1 des Partei-Organisations-Statuts erhält folgende Fassung: „Der Partei gehören alle Parteimitglieder an, die sich zu den Grundbegriffen des Parteiprogramms bekennen und die Partei dancend durch Geldmittel oder durch anhaltende agitatorische Tätigkeit unterstützen.“
20. Die Kreisconferenz des Wahlkreises Calbe-Wassersleben: Die Tagesordnung des Parteitages ist früher als bisher zu veröffentlichen.
21. Parteigenosse Ernst Glöe und 12 Genossen in Neu-Weichensee bei Berlin: Es ist nicht statthaft, daß die einzelnen Wahlvereine Bestimmungen in ihren Statuten haben, wonach sämtliche Vorstandsmglieder auch einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müssen.
22. Der Kreisstag des Merseburger-Querfurter Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, daß Leute, die als Socialdemokraten eine gewerkschaftliche Zeitung redigieren und in dieselbe Artikel aufnehmen, die die socialdemokratische Partei mit Schmutz besudeln, aus der Partei auszuschließen sind.
23. Parteigenossen des II. Hamburger Wahlkreises: Auf dem Parteitag sind nur die von den Parteigenossen gewählten und mit Mandat versehenen Delegierten stimmberechtigt.
24. Parteigenossen in Bra-de bei Dortmund: Der Parteivorstand wird auf ein Jahr gewählt. Nach einem Jahr darf nur die Hälfte der Personen von dem alten Vorstand wiedergewählt werden. Diejenigen Personen des alten Parteivorstandes, die zur Wahl zugelassen werden, werden durch das Los bestimmt. Die ausgeschiedenen Mitglieder des Parteivorstandes sind in den ersten zwei Jahren als Vorstandsmitglieder nicht wählbar.
25. Parteigenosse R. Halfter, VI. Wahlkreis, Berlin: Der Parteitag möge im Interesse der Realisierung unseres Parteiprogramms von einer Wiederverwahl der jetzigen Mitglieder des Parteivorstandes Abstand nehmen.
26. Parteigenosse Fr. Faust-Wiesbaden: Hat die große Mehrheit der Parteigenossen in einem Wahlkreise, zum Zwecke des engeren Zusammenkisses und zur Entfaltung einer kraftvolleren Agitation als Centralorganisation einen „Kreis-Wahlverein“ gegründet, so sind die übrigen Parteigenossen verpflichtet, dieser einheitlichen Organisation beizutreten. — Ortsliche Wahlvereine werden neben der Centralorganisation im gleichen Wahlkreise nicht anerkannt, dieselben haben umgehend ihren Beitritt zur Central-Organisation zu bewirken. — Der jeweilige 1. Vorsitzende eines Kreis-Wahlvereins ist Kreis-Vertrauensmann. — An Stelle der Kreisconferenz tritt die Generalsammlung des Kreis-Wahlvereins.

Agitation.

27. Parteigenossen in Bromberg: Den Wahlkreis Bromberg in jeder Beziehung agitatorisch mehr als bisher zu unterstützen.
28. Parteigenossen in Solingen: Der Parteivorstand möge durch Vereinstellung von Mitteln dafür Sorge tragen, daß eine regere und wirksamere Agitation gegen das Centrum in den Rheinlanden einleitet werden kann.
29. Parteigenossen des II. Nassauer Wahlkreises, Wiesbaden: Der Parteivorstand möge in Gemeinschaft mit der Fraktion gleich nach dem Parteitage mit aller Energie den Wahlkampf eröffnen, besonders durch Entsendung von Rednern in die einzelnen Wahlkreise.
30. Parteigenossen in Breslau: Für die nächsten Reichstagswahlen ist eine Liste sämtlicher socialdemokratischer Kandidaten im Reich herauszugeben. Dieselbe soll ungefähr drei Monate vor dem Wahltermin erscheinen und in späteren Auflagen ergänzt werden.
31. Parteigenossen in Gr. Ottersleben: Den in der Provinz erscheinenden Parteiblättern ist von Zeit zu Zeit zur Hebung der Landagitation die Herausgabe eines den lokalen Verhältnissen angepassten Agitationsblattes dadurch zu ermöglichen, daß ihnen auf Antrag eine materielle Unterstützung gewährt wird.
32. Parteigenossen in Köln: Der Parteivorstand wird mit der Herausgabe von Broschüren beauftragt, in denen Stellung und Haltung des Centrums, namentlich zu den indirekten Steuern und Zöllen, des Arbeitersanges und des Militarismus und Marinismus in entsprechender Weise beleuchtet wird. Der Preis der Broschüren darf 10 Pf. nicht übersteigen.
33. Parteigenossen in Düsseldorf: Um den Kampf gegen das Centrum zu fördern, wird der Parteivorstand beauftragt, den Genossen, welche in den Centrumsdörfern thätig sind, auch die nötigen Agitationsmittel in die Hand zu geben. Durch einen geeigneten Schriftsteller sind die Flugblätter der Centrumspartei zu sammeln und die darin enthaltenen Unrichtigkeiten auf ihren wahren Sachverhalt zurückzuführen, um so den agitatorisch thätigen Genossen die Möglichkeit der Widerlegung zu geben.
34. Parteigenossen in Heidelberg: Durch ausführende und belehrende Broschüren den Parteigenossen Mittel und Wege an die Hand zu geben, wie der Kampf gegen das Centrum zu führen ist.

Presse.

35. Die Agitationskommission und der Wahlverein für die Provinz Posen: Die in polnischer Sprache im Posen erscheinende Wochenchrift „Gazeta Ludowa“ aus der Parteikasse finanziell zu unterstützen.
36. Der Wahlverein Reg. i. Lothringen: Es sind die Mittel flüssig zu machen zur Herausgabe einer Partei-Wochenzeitung für Lothringen, die in deutscher und französischer Sprache erscheint.
37. Parteigenossen in Karlsruhe: In Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, für Partei-Organen in der Provinz einen den Raumverhältnissen dieser Blätter entsprechenden Reichstagsbericht von Parteigenossen herstellen zu lassen.
38. Parteigenossen Berlin IV: In unserm Partei-Organ, dem „Vorwärts“, ein Fremdwörter-Verzeichnis einzurichten, um in manchen wichtigen Fragen ein leichteres Verständnis für die Leser zu erzielen.
39. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Den Parteivorstand zu ersuchen, die Herausgabe einer wissenschaftlichen Schrift veranlassen zu wollen, welche in eingehender Weise das Streben des katholischen Clerikalismus zur Erlangung der politischen, socialökonomischen und allgemein geistigen Welt Herrschaft behandelt.

40. Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises: Den Parteivorstand zu eruchen, eine gute, erschöpfende Broschüre ausarbeiten zu lassen, die den Genossen Material gegen das Centrum liefert.

41. Parteigenossen in Mühlheim a. Rhein: Ueber das Verhalten der Centrumpartei in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen eine Broschüre herauszugeben, welche den Parteigenossen in den katholischen Wahlkreisen ein Ratgeber im Wahlkampf ist.

„Neue Zeit.“

42. Parteigenossen in Hannover und Karlsruhe-Bruchsal: Die „Neue Zeit“ ist wieder in eine Monatschrift umzuwandeln und der Bezugspreis möglichst billig anzusetzen.

„Neue Welt.“

43. Dieselben und die Parteigenossen in Heidelberg und Düsseldorf: Der Verlag der Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ ist anzuhalten, daß in der der „Neuen Welt“ beigefügten Annoncen-Beilage nur solche Inserate Aufnahme finden, welche einen schwindelhaften Inhalt nicht haben.

44. Die Parteigenossen in Breslau: Die Inseraten-Beilage zur „Neuen Welt“ ist unter strengerer Kontrolle der aufzunehmenden Annoncen auch für die Zukunft beizubehalten.

Der „Wahre Jacob“.

45. Die Parteigenossen in Görtz-Lauban: Daß der „Wahre Jacob“ wieder wie in früheren Jahren mehr belehrende Artikel bringt.

Kalender.

46. Parteigenossen in Radow-Greifenhagen: Der Verkaufspreis des Arbeiter-Kalenders wird von 60 auf 50 Pf. ermäßigt. Der Bezugspreis für Buchhandlungen und Kolporteurs von der Verlagsanstalt bleibt unverändert. — Die Inseratenblätter werden in Zukunft nicht mehr in die Mitte, sondern ganz zuletzt am Schlusse des Kalenders eingebettet.

47. Parteigenossen im III. Berliner Wahlkreis: Der Preis des „Neuen Welt-Kalenders“ ist auf 30 Pf. festzusetzen.

„Maiseit-Zeitung“.

48. Parteigenossen von Karlsruhe-Bruchsal, Heidelberg, des I. Württembergischen Reichstags-Wahlkreises und die Parteigenossen in Höpferdort: Es sei in Zukunft für bessere künstlerische Ausgestaltung der „Maiseit-Zeitung“ Sorge zu tragen.

49. Die Parteigenossen des III. Hamburger Wahlkreises erheben Protest gegen die Illustration und textliche Ausgestaltung der diesjährigen „Maiseit-Zeitung“, die nicht den Erwartungen entspricht, welche mit Recht an einer „Maiseit-Zeitung“ mit solcher Waffenaufgabe gesetzt werden darf. Die Mitglieder wollen, daß durch die „Maiseit-Zeitung“ in Bezug auf Illustration und Text das Beste geboten wird, was zu erreichen ist.

50. Die Parteigenossen in Kaiserslautern: Der künstlerischen Ausgestaltung der „Maiseit-Zeitung“, „Maiseit-Zeitung“, Renjournale usw. eine größere Aufmerksamkeit zu widmen, um zu verhindern, daß künstlerisch minderwertige Ergüsse wie sie in jüngster Zeit herausgegeben wurden, mit dem Genossen: „für die Arbeiter ist das Beste gerade gut genug“ fernerhin in Konflikt geraten.

Broschüren und Flugblätter.

51. Parteigenossen in München: Es sei baldmöglichst die Herausgabe einer Broschüre zu besorgen, in welcher die Landtags-Wahlgesetze der verschiedenen deutschen Bundesstaaten, einschließlich der Reichslande und Hansestädte, enthalten sind. Desgleichen soll an der Hand von praktischen Beispielen das Wahlverfahren in den einzelnen Staaten geschildert werden; sowie die verschiedenen Abänderungsanträge bezüglich der Wahlgesetze, wie sie von unsren Genossen eingebracht wurden, angeführt sein. Zum Schluß soll in gedrängter Form das Schlem der Proportionalwahl, wie wir es in unserm Punkt I unsres Programms fordern, dargelegt werden.

52. Parteigenossen in Striegau: Noch in diesem Jahre ein Flugblatt für ganz Deutschland herauszugeben, in welchem die Tätigkeit der Fraktion im Reichstage in einer für die Landbevölkerung leicht verständlichen Weise geschildert wird.

53. Parteigenossen in Karlsruhe-Bruchsal: Es ist die Herausgabe einer Schrift zu veranlassen, in welcher die wichtigsten Forderungen der Socialdemokratie an die Gemeinde behandelt werden. Dieser Schrift sind als Anhang die bestehenden socialdemokratischen Kommunalprogramme für die Einzelstaaten beizufügen.

54. Parteigenossen von Berlin VI, Elise Haubold und sechs Genossen aus Arnstadt, Karl Frey und zwölf Genossen in Gotha, Oskar Frau und 156 Genossen in Stuttgart, Wilhelm und 16 Genossen in Berlin, Felix Fränkel und 27 Genossen in Berlin, Joh. Wellmayer und 20 Genossen in Berlin, Parteigenossen in Stettin, Parteigenossen in Breslau, B. M. Niehle in Charlottenburg, Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises, Dr. med. Georg Kieferstein in Steglitz bei Berlin, Parteigenossen von Mey in Pöhr.: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholismus für die laienbewußte Arbeiterschaft hinzuweisen.

Maiseier.

55. Parteigenossen in Düsseldorf: Die Parteigenossen des ganzen Reiches sind verpflichtet, energischer als bisher für die allgemeine Arbeitsruhe am Tage des 1. Mai einzutreten.

Parlamentarisches.

56. Parteigenossen in Magdeburg vermissen im Verichte der Fraktion ein Eingehen auf die so brennend gewordene Wohnungsfrage, speziell eines Reichs-Wohnungsgesetzes, und erwarten in der nächsten Tagung ein energisches Eingreifen.

57. Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises: Die socialdemokratische Fraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß dieselbe ihr Verprechen, dem Reichstage eine Herabsetzung und Verbesserung des Krankenversicherungsgesetzes in Vorklage zu bringen, endlich erfüllt. Ferner wolle die Fraktion dahin wirken, daß bei der vorgunehmenden Änderung des Krankenversicherungsgesetzes eine Vereinheitlichung und Erweiterung der Krankenversicherung stattfindet und eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle Lohnarbeiter einschließlich der Hausgewerbetreibenden sowie der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten erfolgt.

58. Parteigenossen des II. Hamburger Wahlkreises erwarten, daß die Fraktion bei Beratung der Arbeiterversicherungs-Gesetze dafür eintritt, daß alle Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, der Versicherungspflicht unterliegen, wenn der Verdienst 2000 M. pro Jahr nicht übersteigt.

59. Die Kreis-Konferenz des VII. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises: Die socialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, bei der Beratung des Marine-Gesetzes die Reichsregierung über die von ihr geübte Auslegung des § 610 des B. G. B. in den Reichs-Werftbetrieben zu interpellieren und die Durchföhrung der betreffenden Bestimmungen des § 610 zu fordern.

60. Parteigenossen in Solingen: Die socialdemokratische Reichstags-Fraktion möge in der nächsten Legislaturperiode ernstlich daran gehen, einen Gesetzentwurf zur gesetzlichen Festlegung des achtstündigen Arbeitstages auszuarbeiten und im Reichstage zur Besprechung und Annahme vorzulegen. Es wäre empfehlenswert, als Grundlage des Entwurfs die im „Vorwärts“ veröffentlichten Vorschläge des Genossen Parvus-München zu benutzen.

61. Parteigenossen des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Es sind im Reichstage und in den Landtagen Anträge zu stellen auf die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für familiäre Staatsbetriebe, und dieselben eingehend zu begründen.

62. Parteigenossen des V. Berliner Wahlkreises: Es ist ein Initiativantrag auf Einführung des Achtfundentages für alle Arbeiter einzubringen.

Parlamentarisches Handbuch.

63. Parteigenossen in Köln a. Rh.: Vor den nächstjährigen Reichstagswahlen rechtzeitig ein kleines, handliches A-B-C-Wärscheln herauszugeben. In dem Wärscheln sollen nur die für den Kleinstkampf (z. B. bei der Agitation am Wirtshaus und der Flugblattverbreitung) notwendigsten Zahlen, Daten und Citate nach die Materie leicht fasslich kennzeichnenden Stichworten alphabetisch geordnet enthalten sein. Der Preis des Wärschelens soll bei Massenbezug 30 Pf. nicht übersteigen.

64. Parteigenossen in Düsseldorf: Zur nächstjährigen Reichstagswahl wieder ein Handbuch für Reichstagswähler analog dem 1898 erschienenen herauszugeben, unter besonderer Berücksichtigung des Centrums.

65. Parteigenossen in Iserlohn: Wiederum ein Handbuch für socialdemokratische Wähler herauszugeben, wie bei den Reichstags-Wahlen 1898, wovon jeder Ort 9 Exemplare gratis erhält.

66. Parteigenossen in Lübeck: Das Handbuch für socialdemokratische Wähler zur nächsten Reichstagswahl so frühzeitig herauszugeben, daß es Genossen, welche agitatorisch wirken, ermöglicht wird, genügende Einsicht in dasselbe zu nehmen, um es bei der Reichstagswahl auch in wirksamer Weise verwerten zu können.

67. Parteigenossen Karl Reist, Köln: Ein parlamentarisches Handbuch zur besonderen Benutzung bei der bevorstehenden Reichstagswahl herzustellen. Dasselbe ist zu einem möglichst billigen Preise abzugeben.

Parteitag.

68. Parteigenossen in Kottbus: Den Parteitag 1903 in Kottbus abzuhalten.

69. Parteigenossen in Stettin, Radow-Greifenhagen, Greifswald-Grimmen: Der nächstjährige Parteitag möge in Stettin stattfinden.

70. Parteigenossen in Bremen: Den nächsten Parteitag in Bremen stattfinden zu lassen.

71. Parteigenossen in Mannheim: Den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.

72. Parteigenossen in Stettin: Joh. Wellmayer und zwanzig Genossen in Berlin; Oskar Kofelowski-Berlin; Felix Fränkel und siebenundzwanzig Genossen in Berlin; Wilhelm Vieten und sechzehn Genossen in Berlin; Parteigenossen in Breslau; Elise Haubold und sechs Genossen in Arnstadt; Karl Frey und zwölf Genossen in Gotha; Dr. med. Kieferstein in Steglitz bei Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages als Verhandlungsgegenstand setzen: „Wußt die Socialdemokratie zur Alkoholfrage Stellung nehmen?“

73. Parteigenossen in Braunschweig: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Verstaatlichung des gesamten Schulwesens.“

74. Parteigenossen in Dresden: Am Schlusse des Protokolls vom Parteitage sind die auf demselben angenommenen Beschlüsse und Resolutionen wiederzugeben.

75. Parteigenossen in Lechhausen: Der Preis für das Parteitag-Protokoll darf 30 Pf. nicht übersteigen.

Resolutionen.

76. Parteigenossen in München: Angesichts der horrenden Verteuerung der Lebensmittel und insbesondere des Fleisches, wie sie jetzt aus einer Anzahl deutscher Städte, so auch aus München gemeldet wird, regt die heutige Versammlung an, daß der Parteitag Stellung nehmen möge, wie aufs neue und in eingehender Weise noch wie bisher, durch eine machtvolle Agitation dem volksverwüstenden Treiben der Lebensmittelverteuerung Einhalt zu gebieten versucht werden kann.

77. Parteigenossen in Oberschlesien: Der Parteitag der deutschen Socialdemokratie brüdt keine Sympathie aus dem russischen Proletariat, das im schweren Kampfe gegen Selbstherrschectum und wirtschaftliche Ausbeutung steht und sendet ihm drückende Grüße. Gleichzeitig giebt er seiner Entrüstung über die Dienste Ausbruch, die den russischen Schergen von ober-schlesischen Polizei-Organen geleistet werden und verlangt von der deutschen Reichsregierung, daß sie diesem eines Kulturstaates unwürdigen Zustande schleunigt ein Ende bereitet.

78. Parteigenossen in Braunschweig: Der Parteitag erklärt sich, da die heutige Organisation des Schulwesens der Weiterentwicklung desselben nicht förderlich ist, für die Uebernahme der Kosten des Schulwesens durch das Reich. Die Verwaltung der Schulen obliegt den Kommunalbehörden.

79. Parteigenossen John Erb, Hamburg: Zur Hebung der sanitären Verhältnisse des Deutschen Reiches erklärt der diesjährige Parteitag es für eine absolute Notwendigkeit, daß folgende Forderungen durch reichsgesetzliche Bestimmungen nach einseitigen Plänen geregelt werden:

- 1. Das Bau- und Wohnungswesen.
2. Die Reinhaltung der Wasserströme (Flüsse usw.).
3. Die Reinhaltung der Abwässer, Cloaken, zum Vorteile der Landwirtschaft, insbesondere des Waldbestandes.
4. Die Errichtung einseitlicher Sanatorien (Krankenhäuser).
5. Diese Sanatorien sollen Abteilungen erhalten:
a) für alle vorkommenden Krankheiten;
b) besonders für Krventranke unter successivem Wegfall der Jernanstalten;
c) Abteilungen, um in erster Linie durch die Naturkräfte (Sonnensicht, Luft, Bäder, Wahl der Diät), in zweiter Linie durch die technischen Künste (Chirurgie, Orthopädie, Electricität, Gymnastik, Massage) zweckentsprechende Heilerfolge zu erzielen;
d) Bevorzugung derjenigen Krerzte, welche sich dem besonderen Studium der kombinierten Heilbehandlung der angeführten Heilfactoren widmen und Geuer von zweck- und nutzlosen Experimenten (Wirkfektion, Jmpfzwang) sind;
e) In jedem Sanatorium ist die Vorkehrung zu treffen, daß jedweder Kranke jeder Zeit mit seinen Angehörigen brieflich verkehren kann, daß das Briefgeheimnis gegenüber kranken Personen gewahrt wird.
6. Jede Gemeinde ist verpflichtet, eine Jury einzusetzen von drei oder mehreren vorurteillosen Personen aus dem Volke, welche als Rechtsbeistand eines jeden Kranken fungieren und demgemäß alle Klagen, Beschwerden des Kranken und seiner Angehörigen prüfen und soweit angängig Abhilfe schaffen.
In jedem Falle muß die Person des Kranken respektiert werden und kein Wille nach Möglichkeit Berücksichtigung finden.
7. Jede Gemeinde ist ferner verpflichtet, für die in dem Gemeindebezirk geborenen oder lebhaften Krüppel und schwer Krventranke insofern zu sorgen, daß selbige einer sofortigen Heilung entgegengeführt werden, daß ferner für Krüppel, wenn notwendig, die praktischsten künstlichen Glieder usw. durch die Gemeinde angeschafft werden.
8. Die Korrigierung, Erneuerung solcher Apparate bestimmt das Vezigtcollegium des vorhandenen Sanatoriums; ist eine Gemeinde zu arm, so ist Zuzusch vom Reiche zu gewähren.

80. Parteigenossen von Mathenow: Der Parteitag erklärt:

- 1. Es ist Pflicht unsrer Gemeindevorsteher, dafür einzutreten, daß alle kommunalen Unternehmen in eigener Regie ausgeführt werden;
2. daß die Wasserentnahme bei städtischen Wasserwerken kostenlos erfolgt, außer zu gewerblichen Zwecken;
3. daß unsre Vertreter einzutreten haben für die Einführung einer Grundwertsteuer, wodurch die in die bebauungszone einbezogenen Grundstücke nach ihrem wirklichen Werte versteuert werden, um den durch die Gemeinde bedingten Wertzuwachs wenigstens zum Teil auch dieser zuzueignen;
4. daß die Bewilligung von Mitteln für höhere Lehranstalten so lange nicht ohne weiteres zu bewilligen sind, bis die Volksschulen den gerechten Anforderungen genügt;
5. daß die Bewilligung von Mitteln für Kirchen, Denkmalen usw., soweit zur Deckung als zur Restaurierung, aus Gemeindegeldern abzulehnen ist, wenn damit religiöse oder dynastische Zwecke verfolgt werden oder dieselben zur Verherrlichung des Krieges dienen.

Partei-Nachrichten.

Zur Gewinnung der fremdsprachigen Grenzbevölkerung im Deutschen Reiche machen sich bei den Parteigenossen dieser Distrikte immer lebhaftere Wünsche geltend auf Schaffung von Zeitungen und sonstigen Agitationschriften in der betreffenden Sprache. Während aus den Landesteilen mit polnisch redender Bevölkerung das Verlangen nach einer polnischen Zeitung energisch gefordert wird, wurde von den Genossen an der dänischen Grenze die Gründung eines Parteiblattes in dänischer Sprache verlangt. Im Nordosten des Reiches macht sich der Mangel an lituanischen und lettischen Agitationschriften bemerkbar. Nun erheben auch die lituanischen Genossen ihre Stimme und fordern eine französische Zeitung. In der Parteiverammlung des Wahlkreises Mey wurde beschloffen, dem Parteitag diesen Antrag zu unterbreiten:

„Es sind die Mittel fällig zu machen zur Herausgabe einer Partei-Wochenzeitung für Litvingen, die in deutscher und französischer Sprache erscheint.“

Dieselbe Forderung stellen auch die Parteigenossen des Wahlkreises Diedenhofen-Völschen.

Alle diese Wünsche, die den Parteitag diesmal beschäftigen werden und die alle den gleichen drängenden Eifer der Parteigenossen nach weiterer Ausbreitung unsrer Ideen kennzeichnen, sind an sich durchaus berechtigt. Das wird auch auf dem Parteitag wohl ohne Widerspruch anerkannt werden. Wenn trotzdem Einwendungen laut werden und die gedruckten Wünsche trotzdem ganz oder teilweise jetzt noch unerfüllt bleiben sollten, so werden Geldmangel dabei die Hauptrolle spielen. Scheitert doch selbst in weiten Landesteilen mit ausschließlich deutscher und weit zahlreicherer Bevölkerung, als die fremdsprachige, die Verbreitung von den Genossen dieser Gegend gewünschten und auch notwendigen Agitation an dem Mangel der Geldmittel. Wenn es bloß auf Wünsche und auf die Einsicht von der Notwendigkeit irgend eines Agitationsmittels ankäme, dann wäre das die leichteste Sache von der Welt.

Die Kreis-Konferenz für den Reichstags-Wahlkreis Ruppiner-Templin fand am 24. August in Löwendorf bei Trebbin statt. Es waren 19 Delegierte anwesend und für die Agitationskommission Genosse Kiesel, gleichzeitig als Kandidat des Kreises. Der Kreis-Vertrauensmann Genosse Kraje mann berichtete, daß sich die Bewegung im Kreise zusehends gehoben hat. Das Parteitarren-Schlem, welches in den Orten Gransee, Zehdenick, Lindow, Zehdenick und Neu-Ruppin verschiedentlich eingeführt wurde, hat sich gut bewährt und soll dasselbe im ganzen Kreise eingeführt werden. Flugblätter wurden zwei verbreitet. Es wurden 11 Versammlungen im Kreise abgehalten.

Genosse Kraje mann wurde wieder als Kreis-Vertrauensmann gewählt.

Ein Provinzial-Parteitag für Schleswig-Holstein, Lauenburg, das Fürstentum Lübeck und die freie Stadt Hamburg tagte Sonntag, Montag und Dienstag in Flensburg. Es waren 76 Teilnehmer anwesend. Nach dem Bericht der Agitationskommission ist ein stetiger Fortschritt auf allen Gebieten der Parteibewegung zu verzeichnen. In verschiedenen Orten wurden neue Parteivereine gegründet. Es bestehen jetzt im Bezirke 48 politische Vereine mit zusammen 25 982 Mitgliedern. Ueber die Klassenverhältnisse orientiert die folgende Aufstellung:

Table with 4 columns: Kreis, Einnahme, Ausgabe, Kassenbestand. Rows include Kreis 1-7, Kreis 8 und 10, Fürstentum Lübeck, Hamburg, and a Summa row.

In der Einnahme des 3., 4. und 5. Wahlkreises sind die Zuschüsse von der Agitationskommission mit einbezogen, desgleichen sind in der Ausgabe des 2., 6., 7. und 8. Wahlkreises die Zuschüsse für die Kommission enthalten; außerdem hat der 2. Kreis 100 M., der 6. Kreis 1000 M., der 7. Kreis 400 M., der 8. Kreis 5250 M. und die drei Hamburger Wahlkreise 19 858,95 M., sowie 10 000 M. unter der Devise „Vom nördlichen Belagerungsgebiet“ an den Parteivorstand in Berlin abgeführt.

Unter den Ausgaben der drei Hamburger Wahlkreise sind ferner verrechnet:

Table with 2 columns: Item, Amount. Items include „Für die Mecklenburger Volks-Zeitung“, Agitationskommission, Broschüren, Referentenkosten, Flugblätter, ländlicher Agitation.

Die Agitationskommission hatte 11 189 M. Einnahme und 10 518 M. Ausgabe.

Eine rege Tätigkeit haben die Genossen in den einzelnen Ortschaften durch die Beteiligung an den Stadtverordneten- und Gemeindevorständen bewiesen. Eine Beteiligung hat stattgefunden im 3. Kreise in Bisdorf, im 4. Kreise in Humm, im 5. Kreise in Zehoe, Bistler, Lagerdorf, im 6. Kreise in Elmshorn, Barnstedt, Pinneberg, Ueterien, Pinnebergedorf, Theodor, Gaiholz, Rangeloh, Oddorf, Süldorf, Nissen, im 7. Kreise in Elmshagen, Winterdel-Hafsee, im 8. Kreise in Wandsbel, Sande, Schiffel, Steinbel, Nahlstedt, Bramfeld, im 10. Kreise in Lauenburg, Grönhof, Lomdorf-Lohz und Ozeendorf.

In Hamburg fanden 3 Nachwahlen zur Bürgerstadt statt. Genosse Stolten wurde bereits im vorigen Jahre in dieselbe gewählt. Bei den Gemeindevorwahlen im Hamburger Landgebiet wurden 23 Vertreter gewählt. In Wandsbel ist Genosse Hogeve und in Pinneberg Genosse Fliegner als Stadtverordnete gewählt worden; außerdem haben von 27 Orten 16 Orte 27 Genossen in die Gemeindevorstellungen gewählt.

Das Hamburger „Echo“ hat im Bezirke 33 207 Abonnenten, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ 10 000, das „Lübecker Volksblatt“ 450 und die „Nordwest“ 255. Der „Norddeutsche Volkskalender“ wurde in 132 700 Exemplaren verbreitet.

Zu dem Geschäftsbericht wurde folgende Resolution angenommen:

„In Rücksicht auf die stetig wachsenden Anforderungen, die an die Agitationsfonds der örtlichen und der Wahlkreis-Organisationen, sowie der Gesamtpartei gestellt werden, ist es unbedingt geboten, die regelmäßigen Beiträge in den socialdemokratischen Vereinen zu erhöhen. Insbesondere spricht dabei die Erwägung mit, daß es unabwendbare Pflicht jeder einzelnen Parteigenossenschaft und jedes Wahlkreises ist, in stetig wachsendem Maße auch der vom Parteivorstand verwalteten Kasse gerecht zu werden.“

Die Teilnehmer des Provinzial-Parteitages sind hiermit angewiesen, in diesem Sinne in ihren Organisationen zu wirken. Der Parteitag erachtet alle socialdemokratischen Organisationen verbunden, dieser Mahnung sofort zu entsprechen.“

Es wurde außerdem beschloffen, den Abonnementspreis der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ auf 2,10 M. pro Vierteljahr festzusetzen, was eine Erhöhung um 0,10 M. bedeutet.

Einen sehr wichtigen Verhandlungsgegenstand bildete die Dänenfrage. Nach einem Referat des Genossen Adler Rief und nach längerer Debatte wurde dazu folgende Resolution angenommen: „Der Parteitag der Schleswig-Holsteinischen Socialdemokratie hält es, weil Schleswig zum Teil von Angehörigen eines nichtdeutschen Volkes bewohnt ist, für richtig, für seine Stellung diesen gegenüber folgendes festzulegen:

- 1. Grundsätzlich wird anerkannt:
a) daß die dänische Bevölkerung in Nordschleswig sowohl nach dem widerrechtlich beseitigten Artikel V des Prager Friedens als nach dem Recht aller Völker auf Selbstbestimmung allein zu ent-

Selben hat, ob und wie weit sie zu Preußen oder zu Dänemark gehören will;

b) daß alle Bewohner Nordschleswigs, die dänischen Stammes sind, so lange sie gezwungen oder freiwillig zum Deutschen Reiche gehören, ein Recht auf Schutz ihrer nationalen Eigenart, ihres Volkstums, ihrer Muttersprache und volle politische Gleichberechtigung haben;

c) daß es Pflicht der Socialdemokratie ist, jede diese Rechte verletzende Politik einer Partei, eines Staates oder des Reiches rückhaltlos zu bekämpfen;

d) daß es Aufgabe der Socialdemokratie ist, die Proletarier des dänischen Volkes unter voller Anerkennung ihrer nationalen Rechte über den Socialismus aufzuklären und für den Klassenkampf zur Eroberung der politischen Macht zu gewinnen.

2. Ausgehend von vorstehenden Grundsätzen beschließt der Parteitag:

a) eine wesentliche Aufgabe der Genossen, ohne Unterschied der Abstammung, ist, in Schrift und Rede die Aufklärung der dänischen Proletarier über den Socialismus und ihren Anschluß an die Socialdemokratie zu betreiben, und zwar, soweit es nötig und möglich ist, unter Gebrauch der dänischen Sprache;

b) eine weitere Aufgabe der Genossen und der socialdemokratischen Presse Schleswig-Holsteins liegt in der rückhaltlosen Bekämpfung der Zwangspolitik in jeder ihrer Erscheinungsformen;

c) bei Stichwahlen zum Reichstage und bei den Landtagswahlen, wo die Entscheidung zwischen einem dänischen und einem andern bürgerlichen Kandidaten steht, darf die national-oppositionelle Stellung der Dänen nicht maßgebend für die Stellungnahme der Genossen sein. Sie haben für den dänischen Kandidaten nur dann einzutreten, wenn dieser die bindende Erklärung abgibt, jeder Mehrbelastung der Bevölkerung mit Zöllen und indirekten Steuern und jeder Erhöhung der Militär- und Marinekosten entschieden entgegenzutreten und thätig für den demokratischen Ausbau des Wahlrechts sowohl zum Reichstage als vor allem zum preussischen Landtag wirken zu wollen.

Daß die parlamentarischen Vertreter der Socialdemokratie, soweit es sich um Bekämpfung der Zwangspolitik und den Schutz der nationalen Rechte der Dänen handelt, diese und die parlamentarische Unterstützung der Abgeordneten der Dänenpartei auf sich nehmen, bedarf nach den Grundsätzen und der bisherigen Taktik der Socialdemokratie im Reichstage keines Beschlusses, denn es geschah bisher und wird weiter geschehen.

Die Parteigenossen des Herzogtums Braunschweig hielten am 31. August in Lengfeld ihren Landesparteitag ab. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Genosse Kieck, legte in seinem Bericht lebhaft über recht ungünstige Parteiverhältnisse. Die Agitation gehe nicht vorwärts, in der Bewegung sei keine Einseitigkeit und die Beiträge vom Lande laufen nur spärlich ein. Die Kosten der ausgegebenen Flugblätter seien meist von den Genossen der Stadt Braunschweig gedeckt worden. Für 1903 ist ein Agitationskalender herausgegeben worden. Es wurde ein Kommunalprogramm beschlossen, sonstige Beschlüsse von allgemeinem Interesse jedoch nicht gefaßt.

Die Parteiorganisation für Neuh. J., die am 31. August in Gera ihren Parteitag abhielt, hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre 3192 M. Einnahme, von der nach Abzug der Ausgaben 334 M. als Kassenbestand verblieben. Unter den Ausgaben befinden sich 300 M. an die Hauptkasse. Die Einnahme ist um 500 M. höher wie die des vorhergegangenen Jahres. Der Bericht des Vertrauensmannes hebt mit Recht die Bedeutung der erfreulichen Fortschritte der Partei bei den Landtagswahlen hervor, die uns Mandats- und Stimmengewinn brachte. Die Gemeindevahlen brachten zwar einen Rückgang, der jedoch nicht groß war. Versammlungen wurden fünfzig abgehalten.

Der Geschäftsbericht der „Neuh. J. Tribune“ ergab eine Einnahme von 37 127,20 M. und eine Ausgabe von 36 412,86 M. In Veranschlagung des Gewinn- und Verlustrechnung wurde ein Ueberschuß von 666,68 M. erzielt. Das „Annonce“ ist im Hinblick gegen das Vorjahr eine Einnahme, während die Einnahme aus den Abonnementgeldern um 1445 gestiegen ist insofern, höherer Abonnementzahl.

Der Parteitag beschloß, einen Centralverein der socialdemokratischen Partei in Neuh. J. zu bilden, der am 1. Januar 1903 seine Thätigkeit beginnen wird.

Als Reichstagskandidat wurde Genosse Wuzin einstimmig wieder proklamiert.

Der Landesparteitag für das Herzogtum Gotha fand in zwei Sitzungen am Sonntag, den 31. August, in Gotha statt. Die Beteiligung war sehr stark. Vertreter waren 45 Ortschaften. Vor dem geschäftlichen Teil war eine Kassafestier arrangiert, in welcher Genosse Bod unser Vorkämpfer gedachte, worauf der Arbeiter-Gesangverein „Frohstimm“ zwei Vieder zum Vortrag brachte. Ueber den Stand der Presse referierte Genosse Joos. Hierauf erstattete der Kreis-Vertrauensmann, Genosse Hildebrandt, den Kassenbericht. Infolge der wirtschaftlichen Krise waren die Einnahmen geringer gegen die Vorjahre. Er konnte eine Einnahme von 3180,90 M. verzeichnen, dem eine Ausgabe von 1560,84 M. gegenüberstand, so daß ein Kassenbestand von 1619,45 M. verbleibt. Hierauf hielt noch Genosse Bod einen Vortrag über: „Reichspolitik, die kommende Reichstagswahl und die Socialdemokratie“, welcher mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Als Vertrauensmann wurde Genosse Hildebrandt wieder einstimmig gewählt. Als Delegierte auf den Münchener Parteitag werden die Genossen Bod und Wöhling entsandt. Als Reichstagskandidat wurde Genosse Bod wieder einstimmig proklamiert. Nach Erledigung verschiedener Anträge wurde der imposante Parteitag mit einem Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.
— Genau ein Duzend Strafmandate hat jetzt die Frau Berger in Danzig, die Inhaberin unsres dortigen Parteilokals, erhalten. Es sind ihr damit im ganzen bis jetzt 122 M. Geldstrafe oder 31 Tage Haft angedroht. Die beiden letzten Strafmandate sind erlassen worden, weil einmal der Vorstand der Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes allein und einmal in Verbindung mit dem Vertrauensmann der Werftarbeiter eine Sitzung in dem Lokale abgehalten hat. Am 16. September wird das Schöffengericht über die ersten sechs Strafmandate zu entscheiden haben.

Aus Industrie und Handel.

Ursprungsnachweise für eingeführtes amerikanisches Getreide. Da Kanada sich weigert, dem deutschen Export nach seinem Gebiet die Meißbegünstigung zuzugestehen und es England gewisse Vorzugszölle eingeräumt hat, sind auch von deutscher Seite die früher dem kanadischen Getreide zugestandenen ermäßigten Vertragszölle aufgehoben worden. Der hierdurch gegen den kanadischen Getreide-Export nach Deutschland geführte Schlag ist jedoch im vorigen Jahre teilweise dadurch von den kanadischen Exporteuren abgewehrt worden, daß sie ihr Getreide über die nöthigen Häfen der Vereinigten Staaten zum Versand brachten, häufig mit Getreide (besonders Weizen) vermischt, das in der Union gewonnen war. Gegen diese Umgehung richtet sich eine Forderung von der „Hamburger Börsenbörse“ veröffentlichte Verfügung der Hamburger General-Postdirektion, daß in Zukunft bei allen Sendungen von Weizen, Roggen, Gerste, Gerste und Erbsen, die direkt aus den nordatlantischen Häfen Americas bis Philadelphia herunter, mit Einschluß der an den großen Seen des St. Lorenzstromgebietes gelegenen Hafenplätze, kommen und in Hamburg zur Zollrückführung gelangt, nachgewiesen werden muß, daß sie nicht aus Kanada stammen. Von dieser Bestimmung werden auch bereits die zur Zeit noch unterwegs befindlichen Ladungen betroffen. Der Nachweis soll nicht allein durch amerikanische Ursprungsnachweise, die vor der Verschiffung aus-

gestellt werden, sondern auch durch in Hamburg zu beschaffende Nachweise alter Art zwecks Glaubhaftmachung des nicht kanadischen Ursprungs erbracht werden können. (Vorlegung von Schiffspapieren, Fakturen, Frachtbriefen, kaufmännischer Korrespondenz usw.)

Deutsche Genossenschaftsbank. Da die am 28. August d. J. stattgehabte Hauptversammlung nicht beschlußfähig war, werden die Aktionäre auf den 16. September zu einer zweiten Hauptversammlung eingeladen.

Oberschlesische Eisenbahn-Verkehrs-Aktien-Gesellschaft „Friedenshütte“. Der Aufsichtsrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine mit 4 Proz. verzinsliche und zu 103 Proz. rückzahlbare hypothekarisch gesicherte Obligationenanleihe im Nennbetrage von 7 500 000 M., von welcher jedoch zunächst nur 3 000 000 M. auszugeben werden sollen, anzunehmen. Die hierdurch der Gesellschaft zuzuführenden Geldmittel sollen Verwendung finden für Rückzahlung der in Höhe von 776 000 Mark noch bestehenden alten Obligationen, ferner zur Begleichung des Kaufgeldrestes auf das von der Gesellschaft erworbene, bei Friedenshütte belegene Grubenterrain und für die Ausgestaltung der Walzwerkanlage auf der Friedenshütte. Die Anleihe ist von einem aus der Bank für Handel und Industrie, der Rationalbank für Deutschland, der Breslauer Diskontobank und den Bankhäusern Georg Fromberg u. Co. und S. L. Landsberger bestehenden Konsortium übernommen worden und soll demnachst an den Börsen von Berlin und Breslau eingeführt werden.

Traktatbestrebungen in der englischen Eisenindustrie. Wie der „Standard“ wissen will, sind Verhandlungen im Gange, um eine Fusion der bedeutenderen englischen Stahlwerke herbeizuführen. Vorläufig, so heißt es, sei nur ein Zusammenschluß der größeren Werke geplant, dessen spezielle Aufgabe es sein solle, die deutsche und amerikanische Konkurrenz abzuwehren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Bauklempner.

Die Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, in gemischter Kommission mit den Arbeitern zu verhandeln, und zwar soll die betreffende Sitzung am Mittwochabend stattfinden.

An den Gesellen wird es nach den bisher von ihnen abgegebenen Erklärungen nicht liegen, wenn keine Einigung zu Stande kommen sollte. Hoffen wir, daß sich die Meister ebenso entgegenkommend und vernünftigen Ideen zugänglich zeigen wie die Gesellen, dann wird sich auch ein Modus zur Beilegung des Konfliktes finden.

Der Rühnmänner-Verband, der zwar nach einer vom Obermeister Berger in der Innungsversammlung am Mittwoch abgegebenen Erklärung mit den Klempnermeistern nichts zu thun haben soll, hat trotzdem in seiner bekannten Weise in diesen Lohnkampf eingegriffen und folgendes Schreiben an seine Mitglieder erlassen: Gesamtverband deutscher Metallindustrieller.

Berlin, den 31. August 1902.

Mundschreiben Nr. 15 pro 1902.

Hierdurch teilen wir ergebeut mit, daß die Berliner Klempner-Gesellen wegen Nichtbewilligung erhöhter Forderungen in einen Ausstand eingetreten sind.

Auf Antrag der Vereinigung Berliner Klempner und verwandter Berufsgruppen sind demgemäß alle aus Berlin zureichenden Klempner-Gesellen bis auf weiteres im Bereiche des Gesamtverbandes von einer Beschäftigung auszuschließen.

Hochachtungsvoll

Gesamtverband deutscher Metallindustrieller.

Mag sein, daß die Klempner-Innung mit dem Verband der Metallindustriellen formell nichts zu thun hat. Er beweist aber den Berliner Klempnermeistern auf Antrag ihrer Vereinigung die gewünschte Solidarität und sorgt, so viel an ihm liegt, dafür, daß die Streikenden nicht anderweitig beschäftigt werden. Der Ulla des Rühnmänner-Verbandes wird hierdurch der Öffentlichkeit bekannt gegeben in der Voraussetzung, daß die Maßnahmen des Verbandes die Arbeiter in ihrer Taktik nicht behindern können.

Deutsches Reich.

Die ausländigen Eisenbahn-Mangierer in Kottbus haben am Montag die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen versprochen worden ist, daß die Lohnfrage unterzucht werden soll. Der bisher gezahlte Anfangslohn beträgt 1,90 M., verlangt wird 2,50 M. Den Mangierern, die von auswärts herangeholt wurden, ist versprochen worden, aus welchem Anlaß und zu welchem Zweck man sie nach Kottbus brachte.

Die Textilarbeiter Leipzigs sind in eine Bewegung eingetreten, deren Ziel die Erreichung des Zehntelstündentages und einer entsprechenden Lohnerhöhung ist. Die Forderung soll den Fabrikanten unterbreitet und dann später die weitere Stellungnahme beschlossen werden.

Ausperrung von Metallarbeitern in Breslau. Die Holzpresser der neuerbauten Schraubenfabrik „Wulkan“ sind wegen Differenzen, welche durch Lohnabzüge entstanden, ausgesperrt. Die Preise sind mit dem niedrigsten in ganz Deutschland. Es wird erwartet, den Zugang streng fernzuhalten.

Zum Streik der Lederarbeiter in Hayuan teilt uns der Centralvorsitzende des Lederarbeiter-Verbandes mit, daß die gestern von uns gebrachte Kritik auf unrichtigen Darstellungen beruhe, und der erneute Ausbruch des Streiks seine Ursache in einem unberechtigten Vorgehen des Vorsitzenden der Hayuaner Verbandsspitale habe. Dieser erneute Streik, der vom Centralvorstand auf seinen Fall gutgeheißen worden wäre, ist durch persönliches Eingreifen des Centralvorsitzenden wieder beigelegt worden.

Der Maurerstreik in Köln nimmt einen befriedigenden Verlauf. Am Schluß der vorigen Woche arbeiteten 1068 Maurer bei 69 Unternehmern zu den neuen Bedingungen. Noch nicht bewilligt haben 76 Unternehmer mit 449 Gesellen und Polierern. Die Zahl der Streikenden ist auf 102 gesunken.

Die Maurer in Bielefeld haben die Sperre über die Klathorstischen Bauten aufgehoben, nachdem eine Einigung mit dem Unternehmer dahin stattgefunden hat, daß er nicht mehr 43 Pf. und auch statt 44 möglichst 45 Pf. Stundenlohn zahlt.

Ausland.

Zum Generalkrieg in Florenz wird berichtet: Der Kriegsminister hat den Beginn der für die Umgegend von Florenz in Aussicht genommenen Manöver wegen der Streiks aufgehoben. Die großen Truppenkonzentrationen, die in den letzten Tagen in Florenz stattgefunden haben und welche die bürgerlichen Mütter im Zusammenhang mit dem Streik meldeten, geschahen vielmehr wegen der oben erwähnten Manöver.

Am Dienstag nahmen die Kutscher, die Angestellten der Straßenbahn, die Straßenleger, Köche und fast alle anderen Arbeiterklassen mit Ausnahme der Arbeiter von Vignone die Arbeit wieder auf.

Der Straßenbahnerstreik in Genf ist telegraphischen Meldungen zufolge beendet. Der Staatsrat hat den Streikenden und der Straßenbahn-Direktion einen Schiedsspruch angeboten. Beide Teile haben acceptiert.

Von Unruhen und Anlaß eines Streiks berichtet „Wolfs Telegraphen-Bureau“:

Budapest, 1. September. Da in Agram ein Tischler-Gesellen-Ausstand ausgebrochen war, hatte sich ein Agent nach Budapest begeben, um Arbeiter (Streikbrecher) zu werben. Von den von ihm angeworbenen Arbeitern wollten 12 nach Agram abreisen. Die Budapest socialdemokratische Partei (S) verhinderte das jedoch. Ungefähr 100 Arbeitern gelang es, trotz der Polizeimacht auf den Bahnhofsperren zu gelangen. Sie rissen die 12 Arbeiter aus den Waggons und warfen sie auf

die Schienen. Zwei von denselben erlitten schwere Verletzungen. 20 Personen wurden verhaftet.

Agram, 2. September. Bei den gestrigen Kundgebungen vollbrachten die Demonstranten ein entscheidendes Werk der Zerkünderung. Zahlreiche serbische Geschäfte und Kaffeehäuser wurden geplündert und vollkommen zerstört, die Firmenschilder heruntergerissen und verbrannt. Die Menge zog lachend und unbesümmert um die Polizei, die viel zu schwach war, um die Menge aufzuhalten, durch die Straßen. Da die Garnison im Manöver ist, konnten nur zwei Jäg.-Militär von der Polizei zur Hilfeleistung herangezogen werden. Diese säuberten wohl die Straßen, doch konnten sie nicht verhindern, daß sich die Menge in anderen Straßen sammelte und dort ihr Zerstörungswerk von neuem begann. Erst gegen 2 Uhr nachts hörten die Ausschreitungen auf. Heute früh wurde eine Bekanntmachung erlassen des Inhalts, daß alle öffentlichen Lokale um 9 Uhr und alle Haushöre um 7 Uhr abends gesperrt sein müssen. Bei den Kundgebungen wurden mehrere Personen verletzt und an 50 Verhaftungen vorgenommen. Heute sind keine Ausschreitungen vorgekommen; doch herrscht große Bewegung. Die Theater haben für heute die Vorstellungen abgesetzt.

Das Centralkomitee der Grubenarbeiter des Loire-Beckens beschloß in seiner gestrigen Versammlung einstimmig, den Generalkonflikt für den 12. September zu proklamieren. Das Komitee wird am 4. September eine Sitzung abhalten, um die letzten Vorbereitungen zu treffen. Ein Ausschuß, welcher sich mit der Lohnfrage zu befassen hat, ist bereits ernannt worden.

Lohnbewegung der norwegischen Buchdrucker. Die Seherinnen in Kristiania, die einen besonderen Klub der Typographischen Vereinigung bilden, haben ihren Austritt aus dieser Organisation angemeldet, weil die „Typographische Vereinigung“ den gleichen Lohn für die weiblichen, wie für die männlichen Arbeiter des Gewerbes verlangt. Sie behaupten, diese Forderung sei nur darauf gerichtet, sie aus dem Gewerbe hinauszubringen; sie hätten nicht dieselbe Ausbildung und könnten auch in körperlicher Hinsicht nicht so viel leisten als die männlichen Typographen. Da wird wohl demnach eine Organisation weiblicher Arbeiterwilliger bezw. Lohndrückerinnen gegründet werden.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Der Kaiser in Posen.

Posen, 2. September. (W. Z. B.) Pünktlich um 6 Uhr traf der Zug mit dem Kaiserpaar unter Kanonendonner auf dem Posener Bahnhof ein. Die gesamte Garnison bildete auf den Straßen Spalier. Nach der Meldung der militärischen Behörden hielt das Kaiserpaar durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt seinen Einzug. Am ehemaligen Berliner Thor fand die Begrüßung des Kaiserpaars durch die städtischen Behörden statt. Oberbürgermeister Wiling wies in seiner Ansprache auf die verschiedenen Huldbezeugnisse hin, die der Kaiser der Stadt Posen erzeigt habe. Nur im Schatten des Reichspaniers und in den Bahnen preussischen Regiments könne und werde die Stadt Posen gedeihen. Aus jeder Brust steige heute das Gelobnis empor: „Ich bin ein Preuze, will ein Preuze sein!“

Nach der Begrüßung durch den Oberbürgermeister am Berliner Thor hielt der Kaiser folgende Ansprache: Empfangen Sie den Dank der Kaiserin und meinen für den freundlichen Empfang. Ich freue mich von Herzen, daß heute ein andres Bild meinen Augen sich zeigen wird als damals in diesen trüben Tagen, als die Wellen des Stromes sich gegen und zum Teil über Ihre Häuser dahinwälzten. Was diese Stadt und dieses Land sind, verdanken sie der Arbeit der preussischen Könige.

Weiter teilte der Kaiser mit, daß er heute eine Kabinettsorder erlassen habe, wonach die Raionbeschränkungen der Stadt Posen in vollem Umfange gefallen seien.

Neuer Ausbruch des Mont Pelée.

New York, 2. September. (W. Z. B.) Ein Telegramm aus Port Castries (Santa Lucia) berichtet: Am Mont Pelée haben seit dem 15. August fortwährend Eruptionen stattgefunden. Eine sehr starke Eruption erfolgte am 29. August nachts. Das Gestein wurde in weiter Entfernung gehört. Der Berg wie ungelähm Feuer. Die auf See befindlichen Schiffe wurden mit Asche bedeckt. In der Nacht vom 30. August fanden drei Anbrüche statt. Es ist unmöglich, sich St. Pierre von der Seeferse her zu nähern. In Le Carbet ist die Bevölkerung von Schreden ergriffen und flüchtet ins Innere der Insel. Der Gouverneur gab Befehl, alle verfügbaren Boote zu verwenden, um die Bewohner der Küste nach Fort de France zu bringen. Eine Flutwelle trieb die Einwohner von Fort de France zur Flucht nach dem Juncos, doch ist der von ihr angerichtete Schaden nicht bedeutend. Am Mittwoch des 30. August war der Mont Pelée ruhig. Späteren Meldungen zufolge sollen, abgesehen von den zweihundert in Le Carbet und Morne Rouge angekommenen Personen, auch im Norden viele Menschen ums Leben gekommen sein.

Paris, 2. September. Die „Agence Havas“ meldet aus Fort de France: Am 30. August abends erfolgte ein heftiger Ausbruch des Mont Pelée. Die Dörfer Morne Rouge und Moina Bonillou wurden zerstört. Etwa tausend Personen kamen um das Leben, mehrere hundert wurden verletzt. Eine Flutwelle richtete in Le Carbet große Verheerungen an, ihre Wirkungen wurden noch in Fort de France verspürt, wo eine Panik ausbrach. Die Kreuzer „Sudet“ und „Lage“ gehen nach Norden ab, um alle dort befindlichen Flüchtigen aufzunehmen.

Familien-drama.

Halle, 2. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Saale ertränkte sich heute nachmittag die Frau des Lagerhalters Rudolf mit ihren drei kleinen Kindern. Die Frau sowie die zwei ältesten Kinder, welche zusammengebunden waren, sind gefunden; das kleinste Kind noch nicht. Der Grund zu dieser That ist unbekannt.

Kiel, 2. September. (W. Z. B.) Heute nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr stieß die Takt „Dorothea“ mit dem Torpedoboot „S 105“ zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde die Takt so schwer beschädigt, daß sie von Dampfern auf den Strand gesetzt werden mußte. Auch der Bug des Torpedobootes ist stark verbogen. Der Zusammenstoß erfolgte auf der Höhe von Rieberg.

Düsseldorf, 2. September. (W. Z. B.) Vor der zweiten Strafkammer wurde heute über das Eisenbahnunfall in Neuh. J. daß sich am Abend des zweiten Pfingstfesttags zutrug, verhandelt. Nach einer vierstündigen Sitzung wurden der Weichensteller Rosenbaum aus Neuh. J. und der Lokomotivführer Aebroch aus Barmen freigesprochen, während der Zugführer Hübsen aus Barmen zu der geringsten zulässigen Strafe von einem Monat Gefängnis verurteilt wurde.

Leipzig, 2. September. (W. Z. B.) Heute mittag brach in der chirurgischen Klinik des hiesigen Krankenhauses St. Jacob, wie es heißt infolge Kurzschlusses, Feuer aus. Der Dachstuhl ist vollständig ausgebrannt. Der materielle Schaden ist bedeutend. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu bezagen.

Paris, 2. September. (W. Z. B.) Mehrere Blätter versichern, daß ein Konflikt zwischen dem Kabinettschef und dem Unterrichtsminister wegen der Verweltlichung der Schulen entstanden sei. Der Unterrichtsminister soll dagegen protestiert haben, daß man bei der Verweltlichung der Schulen so schnell und so scharf vorgegangen sei.

Florenz, 2. September. (W. Z. B.) Die Buchdrucker haben heute beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die erste Generalversammlung des Centralvereins der Bureau-Angestellten

fand am 31. August und 1. September im Gewerkschaftshaus statt. Anwesend waren 13 Delegierte aus Berlin, Königsberg, Gomburg, Dresden, Chemnitz, Thorn, Halberstadt, Hagen in Westfalen und Magdeburg, der Vorsitzende des Centralvereins G. Bauer und der Vorsitzende des Ausschusses Wasser.

Im Vorstandsbericht gab der Vorsitzende zunächst eine Uebersicht über die Organisationsbestrebungen der Berliner Bureau-Angestellten und schilderte die Entwicklung des 1895 gegründeten Centralvereins. Die Organisation hat besonders in Berlin viel für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gearbeitet und Erfolge erzielt, wie sie jedenfalls die den Ständebüchlein pflegenden und die Besprechung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Berufsangehörigen verpöndenden Gegenorganisationen nicht aufweisen können.

Im vorigen Jahre bestanden drei, jetzt bestehen acht Mitgliedschaften und drei Jahrestellen. Die Mitgliederzahl beträgt 461. Den Kassenbericht über die Zeit vom 1. Januar 1898 bis Mitte August 1902 erstattete der Hauptkassierer Ebersbach. Die Einnahmen betragen 6258,31 M., die Ausgaben 6052,77 M., so daß ein Bestand von 205,54 M. verblieb.

Aus den Berichten der Mitgliedschaften geht hervor, daß die Bureau-Angestellten sich in den meisten Städten in einer recht mäßigen wirtschaftlichen Lage befinden. Aus Magdeburg wurde berichtet, daß ein 18jähriger Bureau-Angestellter mit 6 M. Monatsgehalt entlohnt wird; in Thorn hat ein 11 Jahre sich im Dienst befindender Angestellter 60 Mark, ein Bureauvorsteher, der ca. 40 Jahre Dienst thut, 65 M. Monatsgehalt.

Nach einer eingehenden und lebhaften Diskussion erklärte sich die Generalversammlung mit der diesbezüglichen Geschäftsführung des Vorstandes einverstanden und erteilte dem Vorstande Decharge. In dem Bericht über die Mitgliedschaft Berlin sowie in der Diskussion wurde der Umstand, daß die hiesigen Orts-Krankenkassen nicht den Arbeitsnachweis der Organisation der Bureau-Angestellten benutzen, sehr abfällig und scharf kritisiert.

Die erste Generalversammlung des Centralvereins der Bureau-Angestellten legt den Mitgliedschaften des Verbandes dringend ans Herz, der Stellendermittlung für die Organisationsmitglieder zukünftig die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Generalversammlung nimmt aber auch mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Verwaltungen der Berliner Krankenkassen fortgesetzt den von den organisierten Bureau-Angestellten Berlins eingerichteten Arbeitsnachweis fast ausnahmslos ignorieren.

An der Sitzung vom Montag nahm als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Dringmann teil. Ueber die Stellung des Centralvereins der Bureau-Angestellten zu anderen Berufsorganisationen, insbesondere zu dem Verband der Verwaltungsbeamten referierte Wendland-Magdeburg. Die Hauptgedanken des Referats kommen in der folgenden einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck:

Die Generalversammlung hält es für Pflicht der in den Verwaltungen der Arbeiterorganisationen beschäftigten Gewerkschaftsangehörigen, daß sie ihre Tätigkeit auch im Interesse des Verbandes der Bureau-Angestellten entfalten. Die Fortsetzung der Mitgliedschaft bei der früheren Gewerkschaftsorganisation genügt nicht gegenüber der Verpflichtung, für die Berufsinteressen der Verbandsmittglieder tätig zu sein.

In der Diskussion, die der Annahme dieser Resolution vorausging, machte der Vertreter der Generalkommission auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich aus einer doppelten Organisationspflicht für die angestellten Vertrauensmänner in den Bureau der Gewerkschaften ergibt.

Ueber Agitation sprachen als Referent Kundé-Hamburg, als Korreferent Rieger-Berlin. Es handelte sich hierbei um Meinungsverschiedenheiten über die mehr oder minder starke Betonung des Standpunktes der modernen Arbeiterbewegung bei der Agitation. Hierzu wurde schließlich eine Resolution angenommen, die sich für Weibehaltung der bisherigen Taktik ausspricht und es den Agitatoren der Organisation freistellt, die Agitation in der von ihnen für zweckdienlich und dem Centralverein am besten nützlichem Weise zu betreiben.

Zu dem Punkt Forderungen an die Gesetzgebung referierte der Centralvorsitzende Bauer. Er empfahl die nachstehende Resolution, die ohne Debatte einstimmig angenommen wurde:

Die erste Generalversammlung des Centralvereins der Bureau-Angestellten spricht die Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen endlich dem seit Jahren geltend gemachten Verlangen nach gesetzlicher Regelung unserer Berufsverhältnisse nachkommen und einen dementsprechenden Gesetzesentwurf dem Reichstage vorlegen. Der Vorstand wird beauftragt, mit aller Energie die Forderung nach gesetzlichem Schutze dahin geltend zu machen, daß a) gesetzliche Bestimmungen zur Regelung der Berufsverhältnisse getroffen werden, b) die Gewerbeämter auf unsere Berufsaussicht ausgebeugt werden.

Sodann wurde die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nach einem Referat von Jaddach-Berlin und kurzer Debatte mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen.

Darauf wurde zur Beratung der Statuten übergegangen und ein Entwurf des Centralvorstandes nach mehreren Abänderungen angenommen. Neben der Arbeitslosen-Unterstützung ist darin die Unterfertigung Gemahrgelder festgelegt. Die Mitgliedschaft können männliche und weibliche Bureau-Angestellte erwerben. Der Monatsbeitrag wurde für Mitglieder bis zum 20. Lebensjahr auf 50 Pf., für über 20 Jahre alte Mitglieder auf 1,20 M. festgesetzt. Arbeitslosen-Unterstützung wird jenen Mitgliedern bis zum Höchstbetrage von 40 M., diesen bis zu 60 M. gewährt. Die Hälfte der Beiträge soll ausschließlich für Arbeitslosen-Unterstützung dienen. Beim Uebertritt aus anderen Berufsorganisationen soll die sonst ein Jahr betragende Karenzzeit auf die Hälfte ermäßigt werden und das Eintrittsgeld von 50 Pf. wegsfallen, wenn der Reneitretende in seiner früheren Organisation vollberechtigtes Mitglied war. Ferner ist in dem neuen Statut die Einteilung Deutschlands in 28 Gaue zum Zweck besserer Agitation und Organisation vorgesehen.

Ueber den Punkt Stellung zur Generalkommission der Gewerkschaften entstand eine lebhafteste Debatte, die sich zum Teil auf die Delegierung von Fel. Zimle zum Gewerkschaftscongreß in Stuttgart bezog. Einstimmig wurde sodann der Anschluß an die Generalkommission beschlossen.

Als Sitz des Centralvorstandes wurde Berlin bestimmt; der Sitz des Ausschusses wurde nach Dresden verlegt. Als Central-Vorsitzender wurde G. Bauer, als Redacteur H. Jaddach gewählt. Ein möglichst ausführliches Protokoll soll gedruckt und den Mitgliedern gegen einen den Herstellungskosten entsprechenden Preis verkauft werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 7. September, findet in den Räumen der Berliner Sodabrauerei, Tempelhofer Berg, unser Volksfest statt. Für ein gutes und reichhaltiges Programm ist gesorgt. Siehe Inserat. Um regen Besuch wird gebeten.

Vierter Wahlkreis, Südost. Am 7. September findet vom Wahlverein aus eine Vorstellung (Tausend Jahre deutscher Kultur) in der Urania statt. Die bis jetzt etwa noch nicht verkauften Billets sind umgehend in der Parteipedition Loufyer Platz abzugeben.

Wilmersdorf. Heute Mittwochsabend 8 1/2 Uhr findet in der Bittes-Vollgalerie, Berlinerstr. 40, die Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kiesel über: Das Leben und Wirken Ferdinand Lassalles. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung des Kreises. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht. Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen.

Lokales.

Die Willkür der Polizei

In der Handhabung des Vereinsgesetzes hat nachgerade eine schreiende Rechtsunsicherheit für die Staatsbürger herbeigeführt, wenigstens soweit sie der Arbeiterklasse angehören. Aus dem vorgelegten veröffentlichten Bericht über den Parteitag der Provinz Brandenburg wissen unsere Leser bereits, daß dessen Sitzungen nicht weniger als dreimal durch ungesetzliches Eingreifen der mit der Ueberwachung beauftragten Polizeibeamten gestört worden sind. Das Vorgehen dieser Beamten zeigt deutlich, daß sie mit den gesetzlichen Bestimmungen, deren Handhabung ihnen obliegt, durchaus nicht vertraut sind.

Sonntag aber fiel es einem Polizeileutnant ein, die Entfernung der Frauen aus dem Saale zu verlangen, noch ehe die Versammlung eröffnet war, und als man diesen ungesetzlichen Eingriff in das Versammlungsrecht nicht sofort nachkam, löste der Beamte in seinem durch Gesetzeskenntnis nicht beeinflussten Dienstes die Versammlung auf, obgleich sie noch gar nicht eröffnet war, also rechtlich überhaupt nicht existierte. Dieser Beamte hat jedenfalls den Parteitag für eine Vereinsversammlung angesehen. Aus welchen Gründen, das ist freilich sein Geheimnis. Wenn aber der Beamte dieser Ansicht war, dann durfte er höchstens die Frauen ins „Segment“ verweisen. In jedem Falle bleibt also die Thatfache bestehen, daß sich der Beamte — wir nehmen an aus Unkenntnis — einer unrechtmäßigen Handlung schuldig gemacht hat.

In einer anderen Sitzung verlangte ein anderer Beamter, daß sämtliche Frauen, sowohl Delegierte wie Zuhörerinnen, den Saal verlassen und auf der Galerie Platz nehmen sollten. Dieser Beamte hat anscheinend an die „Segment“-Verfügung gedacht, sie aber ohne Recht auf die öffentliche Versammlung angewandt.

Was mag sich aber der dritte Beamte gedacht haben, der zu Beginn einer Sitzung verlangte, daß die Zuhörerinnen ins „Segment“ wandern sollten, die weibliche Delegierte aber an den Verhandlungen teilnehmen lassen wollte? Die Ausweisung der Zuhörerinnen läßt darauf schließen, daß auch dieser Beamte annahm, er habe es mit der Versammlung eines politischen Vereins zu thun. In diesem Falle hätte aber auch die weibliche Delegierte nicht an den Verhandlungen teilnehmen dürfen. Wenn sie es aber durfte, dann muß doch die Sitzung als öffentliche Versammlung angesehen worden sein, und in diesem Fall waren die Zuhörerinnen erst recht beauftragt, im Saale zu bleiben.

Es scheint fast, als ob der bekannte Kammersteinsche „Segment“-Erlaß, der bestimmt sein sollte, die empörende politische Rechtslosigkeit der Frauen wenigstens um einen blässen Schimmer zu mildern, auf die Polizeibeamten verwirrend gewirkt und das Versammlungsrecht der Frauen dem Belieben der einzelnen Beamten ausgeliefert hat.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins — andre Kreise leiden ja nicht unter der willkürlichen Handhabung des Vereinsgesetzes — haben ein Recht, von dem Polizeipräsidenten zu verlangen, daß er die Beamten, welche Versammlungen zu überwachen haben, mit den in Frage kommenden Gesetzesbestimmungen und Verordnungen bekannt macht, und zwar so gründlich, daß Störungen von Versammlungen, wie wir sie am Sonntag und Montag erlebt haben, nicht wieder vorkommen.

Wegen der Auflösung der ersten Sitzung am Sonntag ist bekanntlich sogleich telegraphisch Beschwerde beim Polizeipräsidenten erhoben worden. Mit der Erledigung von Beschwerden, die sich „nur“ auf die Verletzung des Versammlungsrechts von Arbeitern beziehen, hat man es nicht so eilig. Die Beamten konnten also, weil sie nicht besser belehrt waren, am Montag neue Gesetzesverletzungen begehen. Das hätte nicht geschehen können und nicht geschehen dürfen, wenn der Polizeipräsident der Beschwerde Folge gegeben, und seine Beamten entsprechend instruiert hätte. Aber wie gesagt, es handelt sich ja „nur“ um Arbeiter-versammlungen, noch dazu um sozialdemokratische, und da braucht man das bekannte gemächliche Tempo des bürokratischen Apparates nicht zu beschleunigen. Der Montag verging demnach, ohne daß eine Antwort auf die telegraphische Beschwerde am Sonntagmittag eingegangen wäre, und es wird vielleicht noch mancher Tag und manche Woche vergehen, ehe man etwas von einer Antwort hört. Unfre Parteigenossen, deren Versammlungsrecht im vorliegenden Falle beeinträchtigt worden ist, werden nicht säumen, eine klare Entscheidung herbeizuführen darüber, was hinsichtlich der Versammlungsfreiheit in Berlin Rechtens ist.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, bei der Stadtverordneten-Versammlung den dringlichen Antrag zu stellen, den Magistrat aufzufordern, mit ihr gemeinsam beim Bundesrat die Aufhebung des Vieheinfuhr-Verbois zu beantragen.

Zur Eingemeindungsfrage. Kürzlich ging durch verschiedene Tagesblätter die Meldung, daß in der Angelegenheit der Eingemeindung der Vororte eine Verständigung zwischen den beteiligten Gemeinden und der Stadt Berlin erzielt sei, so daß im besonderen die Eingemeindung des Vororts Lichtenberg bald zu erwarten sei. Leider liegen die Dinge nicht so günstig. Der gegenwärtige Stand ist vielmehr folgender: Der Magistrat hat eine Kommission eingesetzt und diese Kommission hat wieder eine Subkommission gebildet. Zwischen der Subkommission und der Gemeinde Lichtenberg ist es allerdings zu einer Verständigung gekommen; der Vertrag geht nun aber erst an die Magistratskommission, dann an den Magistrat, sodann an die Stadtverordneten-Versammlung und hierauf an die Regierung. Das ist also noch ein weiter Weg.

Wie aber die Regierung sich zu der Frage stellt, das wird klar durch die Thatfache beleuchtet, daß die Landräte von Zeltow und Nieder-Barnim den Vororten Treptow und Kummelsburg verboten haben, mit Berlin in dieser Angelegenheit weiter zu verhandeln. Eine Beschwerde, welche der Magistrat beim Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg deswegen eingeleitet hat, ist zurückgewiesen. Der Oberpräsident hat den Landräten recht gegeben und gemeint, Berlin habe nicht daselbe Recht, das jede andre Stadt in solchen Dingen hat. Hier müsse erst die Regierung gefragt werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung tritt, wie wir melden, zum erstenmal nach den Ferien am nächsten Donnerstag zusammen. Aus der Tagesordnung geben wir die folgenden Punkte wieder: Vorlage, betreffend die Teilung des Stadtbezirks 303 und der Bezirke der 36a Armenkommission, sowie des 125. Gemeinde-Waisenrats, — die der Stadtgemeinde in der Zeit vom 1. Oktober 1901 bis 31. März 1902 gemachten Zuwendungen, — den Grundstücks-Erwerbungsfonds, — die Rückweisung der Flammen zur öffentlichen Beleuchtung, der Gasproduktion und des Gasverbrauchs für das Vierteljahr Januar-März d. J., — die erfolgten Quabnahmen des Renaudes: der Gemeinde-Doppelschule in der Rigauerstraße, der XIII. Realschule Schleswiger Ufer 9, der Gemeindegemeinschaft in der Waldemarstr. 77, der Schule für gewerbliche Zwecke in der Strahmannstraße, der Gemeinde-Doppelschule Görliger Ufer, der Gemeinde-Doppelschule in der Strahmannstraße, der Unterkunftsställe im Friedrichshain, sowie der Kinderställe J. und K. auf dem städtischen Viehhofe, — die Abzweigung einer neuen Armenkommission aus den Bezirken der 114c und 114d Armenkommission, — die Erledigung des Stadtverordneten-Beschlusses vom 18. Juni 1901 (Prot. Nr. 8) bezüglich der Löhne und Arbeitszeit zc. der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter, — den Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse im Januar-März- und April-Juni-Vierteljahr 1902, — die Druckschrift-Fortsetzung der Beiträge zur Frage, inwiefern aus der hiesigen städtischen Bistationsordnung von 1878 eine Kirchenbauauftrag der politischen Gemeinde herzuweisen ist (§ 42), — die gegen die Mäßigkeit der Gemeinde-Wählerliste erhobenen Einwendungen, — den Erlaß von zwei Reglements über Viehstehlen, — Entschädigungen, — die Errichtung von fünf neuen Aufseher-Abteilungen der städtischen Straßeneinigung, — den Erwerb einer Fläche des ehemaligen Ustalarabens, — die Vermehrung der Mitglieder des Kuratoriums der städtischen Heimstätten für Geringverdienende, — sowie die Ausdehnung des Gemeindebeschlusses vom 9. Mai 1901 auf die nicht angestellten und nicht kontraktlich angestellten technischen Bekehrinnen, — die Renovation eines Ratshausmeisters, sowie die Wiederwahl von fünf Ratshausmeistern und von zwei Ratshausmeisterinnen, — die Wahl von vier Stadtverordneten und vier Bürgerdeputierten für die Verwaltung der König Friedrich-Stiftung.

Die postalkischen Himmelrichtungen decken sich in Berlin mit den geographischen nur sehr unvollkommen. Im Anschluß an die Volkszählung von 1900 ist vom Berliner Statistischen Amt festgestellt worden, daß von der gesamten Bevölkerung Berlins (1 888 848 Einwohner) nur 1 103 887 Personen wirklich in derjenigen Himmelrichtung wohnten, der sie durch die postalkische Einteilung zugewiesen waren. Die übrigen 785 011 Personen wohnten in einer andern Himmelrichtung als der von der Post bezeichneten. Es sind das rund 42 Proz. der Gesamtbefölkerung, die durch die postalkische Einteilung des Stadtgebietes sozusagen in eine falsche Himmelrichtung verschlagen worden waren. Am ungünstigsten ist das Verhältnis, wie eine vom Statistischen Amt im neuesten Berliner Jahrbuch veröffentlichte Zusammenstellung zeigt, im Westen und Nordwesten, wo bei der Abgrenzung der Postbezirke die Charlottenburger Chaussee als „natürliche“ Grenze angenommen worden ist. Von den 190 552 im wirklichen Westen wohnenden Einwohnern zählte die Post zu Berlin „W“ nur 23 677, die übrigen sämtlich zu „NW“. Von den 272 968 im wirklichen Nordwesten wohnenden Einwohnern gehörten nach der von der Post getroffenen Einteilung nur 44 638 zu „NW“, die übrigen fast sämtlich zu „N“. Günstigere Verhältnisse weisen besonders der Osten und der Südosten auf, denen die Spree als Grenze dient. Nach postalkischer Einteilung gehörten von den 283 728 Bewohnern des wirklichen Ostens 204 002 zu „Berlin O“, von den 241 067 Bewohnern des wirklichen Südostens 206 456 zu „SO“.

Die Dr. Fedor Jagor-Stiftung (zur Vermehrung nützlicher Kenntnisse und Fertigkeiten) hat die landesherrliche Genehmigung noch immer nicht erlangen können, weil sich nachträglich ähnliche Komplikationen eingestellt haben, wie seiner Zeit bei der Simon-Blad-Stiftung. Bei dieser traten Verwandte und eine natürliche Tochter, die der Erblasser übergeben hatte, auf und hier meldete sich ein aufersehlicher Sohn, der Inspektor Sch., der bei Lebzeiten des Dr. Jagor auf die Zeit nach dessen Tode vererbt worden sein soll. Sch. hat sich, nachdem vor zwei Jahren die landesherrliche Genehmigung beantragt war, mit einem Immediatgesuch an den Kaiser gewandt, welcher seinerseits die Minister der Justiz und des Innern mit den erforderlichen Erhebungen betraut hat. Einen uralten Beweis seiner Abstammung von Dr. Jagor vermochte der jetzt 57jährige Sch. nicht zu erbringen. Die glaubhaften Angaben mehrerer Zeugen und Gutachter machen es aber im höchsten Grade wahrscheinlich, daß die Behauptungen des Inspektors Sch. auf Wahrheit beruhen. Der Oberpräsident, der auf Veranlassung des Ministers die Sache in die Hand genommen hat, ist daher nach sorgfältiger Prüfung des gesamten Materials zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Stifter der Vater des Herrn Sch. ist und daß also die Bedenken, welche der Magistrat bisher gegen die Bewilligung einer Abfindung geltend gemacht hatte, fallen gelassen werden können. Wiewohl der natürliche Sohn nicht Pflichtteilsberechtigter ist, schlägt der Oberpräsident in Anbetracht dessen, daß es sich um eine Millionen-Stiftung handelt, vor, als Abfindung eine Jahresrente von 2-3000 M. zu gewähren. Der Magistrat hat darauf mit dem Petenten eine Vereinbarung dahin getroffen, daß ihm selbst eine jährliche Rente von 2400 M. und nach seinem Tode seiner Ehefrau eine solche von 1500 M. gezahlt werde, wo hingegen Sch. alle sonstigen Ansprüche gegen die Jagorsche Nachlassmasse lassen will. Hierzu beantragt der Magistrat jetzt die Zustimmung der Stadtverordneten.

Verbraunt. Das Arbeiter-Schmidische Ehepaar in der Dredowstraße 6 hatte ein 2 1/2 Jahre altes Töchterchen Margarete. Als Frau Schmidt am Freitagmorgen auf eine Viertelstunde wegging, um etwas einzukaufen, ließ sie das Kind in der Wohnung zurück, da es im Kinderwagen schlief. Der Wagen stand einen Meter vom Tische entfernt. Nach dem Weggang der Mutter erwachte das Mädchen und brachte durch seine Lebhaftigkeit den Wagen in Bewegung, so daß er an den Tisch herankam. Auf diesem stand zum Glück eine Schachtel mit Streichhölzern, die es zum Spielen benutzte und anzündete. Als die Mutter zurückkehrte, sah sie ihr das Kind entgegen. Es lag mit brennendem Demdchen hilflos in seinem Wagen. Von einer Nachbarin unterstützt, schlug Frau Schmidt die Flamme aus, aber ihr einziges Töchterchen war mit Brandwunden schon am ganzen Körper bedeckt. Die Verletzungen führten jetzt im Moabit Krankenhaus zum Tode. — In der Kustall am Urban starb die 32 Jahre alte Arbeiterin Emma Wittenberg aus der Belle-Alliancestr. 87, die am selben Tage nachmittags in der Seifenfabrik von Spielbuben in der Rosigstr. 30 verunglückte.

Ein tollwütiger Hund? Große Aufregung verursachte, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, ein Hund in dem Hause Viktoriastr. 25. Das dem Eigentümer Salomon gebörige Tier, ein gelber Pinscher, der sich während der Abwesenheit seines Herrn bei dem Verwalter R. in Pflege befand, zeigte unerbittlich ein verändertes Wesen. Der sonst sanftmütige Hund gebordete sich plötzlich wie rasend, rannte blindlings gegen die Wände, sprang schließlich aus dem Fenster der im Souterrain gelegenen R. schen Wohnung in den Vorgarten, wo das vierjährige Mädchen des Verwalters spielte, und bis den Knaben in die Hand. Dann lief das Tier, das sich von niemand ansprechen ließ, in das Haus hinein, so daß die Bewohner sich fürchteten, ihre Wohnungen zu verlassen. Die sofort benachrichtigte Polizei sperrte das Haus umso mehr, als sich bei dem Hunde Lähmungserscheinungen, ein für Tollwut charakteristisches Krankheitsphänomen, zeigten, und ließ das verächtliche Tier zwecks Beobachtung nach der Tierarzneischule bringen. Der gebiffene Knabe wurde zum Zwecke der Schutzimpfung nach der Tollwut-Station in der Pfäfersstraße gebracht. Ob bei dem Hunde tatsächlich die Tollwut-Krankheit vorliegt, dürfte sich in wenigen Tagen ergeben. Hoffentlich ergibt sich das nicht, damit die Hundebesitzer Berlins vor den Unbequemlichkeiten einer abermaligen Hundesperrung verschont bleiben.

Eine neue Werkstatt für unflätliche Bilder und Schriften ist Dienstagmorgen von der Kriminalpolizei entdeckt und ausgeräumt worden. Seit einiger Zeit erschienen wieder Neuheiten auf dem Markt, die seit der Verhaftung des alten Zeigig etwas veraltet gewesen war. Die Spuren, denen die Kriminalpolizei zur Ermittlung der Herkunft folgte, führten nach Neu-Weißensee zu dem Wandtafel-Fabrikanten Wiede in der Langhansstraße 94, der „Gummikunst pikanter Art“ und photographische Neuheiten vertrieb. Auf den Prospekten, die Wiede zahlreich verwendet, spricht er von „Altophographien nach Naturaufnahmen für Künstler und das Kunstgewerbe, die Art seiner Anpreisung aber läßt nicht gerade auf ein künstlerisches Interesse schließen. So bietet er „nur interessante Neuheiten“ 100 Stück für 50 M. an, zu demselben Preise „nur Schönheiten in allen Stellungen“, ferner 500 verschiedene Naturaufnahmen „z. in noch „besseren“ Tone. Als sich die Kriminalpolizei gestern morgen die im zweiten Stock des bezeichneten Hauses gelegene Wohnung des Herrn Wiede, der nach Leipzig gereist ist, näher ansah, fand sie nichts, auf dem Boden dagegen entdeckte sie, ähnlich wie beim alten Zeigig, eine Werkstatt und einen bedeutenden Vorrat. Dieser wurde beschlagnahmt und füllte einen ganzen Wagen.

Wenn man Kindern Säbel gibt. Ein hiesiges Lokalblatt meldet: Zu schweren Ausschreitungen ließ sich der 16jährige S., ein Angehöriger der Jugendwehr, hinreißen. Er war Sonntagabend mit seinem früheren Schulkameraden, dem Kaufmanns Willi Kospe zusammengetroffen. Im Lauf der Unterhaltung kam es wegen einzelner Behauptungen des S., die R. für ungläubig erklärte, zu Streitigkeiten. S. schloß sich infolge dessen beleidigt und zog sein Seitengewehr. Noch ehe R. parieren konnte, hatte ihm der salbige junge Mann einen schweren Hieb über den Schädel versetzt, so daß er blutüberströmt in die benachbarte Unfallstation der Wadestraße geschafft werden mußte. Dort wurde ihm die sechs Centimeter lange und bis auf den Knochen reichende Wunde verbunden. R. hat gegen S. Strafantrag gestellt und sich zu diesem Zweck ein ärztliches Zeugnis über die Verwundung ausstellen lassen.

Der Zimmermarder, über den wir in Nummer 201 berichteten, ist noch nicht gefaßt worden. Er giebt belästigt an, Schaubert zu heißen und bei der Centrale für Spiritusverwertung angeheftet zu sein. Sein Treiben ist um so schlimmer, als ein Herr S. tatsächlich bei der genannten Gesellschaft in Stellung ist, dem nun durch den Mißbrauch seines Namens allerdhand Ungelegenheiten erwachsen.

Entführt worden ist die 17jährige Auguste Nishmann, Straßbergerstraße 38 wohnhaft, deren Verschwinden vor kurzen gemeldet wurde. Herr N. erhielt vor einigen Tagen eine Ansichtskarte aus Wollum in Westfalen, folgenden Inhalts: „Sende Ihnen anbei eine hübsche Ansichtskarte und bin erfreut, Ihren Kummer in verschiedenen Zeitungen gesehen zu haben. Sie könnten mir wirklich leid tun, wenn ich nicht so beschäftigt wäre. Ihre Tochter ist nicht entführt, sondern fühlt, von Ihrer Gegenwart befreit, sich herzlich wohl. Sie fragt nur, ob Sie sich bald beruhigt haben. Alles andere erledige ich bei meinem Zurückkommen übermorgen. Max Müller.“ Die sofort benachrichtigte Polizei stellte fest, daß der Schreiber der Karte mit dem Lokalfabrikanten Müller, Schiffbauerdamm 37, identisch ist. Bei einer polizeilichen Vernehmung gab R. zu, daß er das junge Mädchen nach Wollum gebracht habe, behauptete jedoch, daß er nur einem Bunde der R. entsprochen hätte. Die Nishmann ist bei Müller als Dienstmädchen in Stellung gewesen, und der Lokalfabrikant, der Schiffbauerdamm 37 eine aus 9 Zimmern bestehende Wohnung besitzt, deren Räume er an Herren und Damen vermietet, gewann über die R. einen derartigen Einfluß, daß sich der Vater des Mädchens veranlaßt sah, mit Hilfe der Polizei es Ende Juli außer der Zeit aus dem Dienst zu nehmen. Bald danach verschwand die R., deren Aufenthaltsort nun endlich durch die Karte ermittelt wurde. Der Vater hat bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen R. erstattet, auch ist die Polizei in Wollum von dem eigenartigen Vorgang verständigt worden.

Erziehung zum Patriotismus. Das Kabeiwert Ober-Sprees Indet seine Angehörigen und Arbeiter zu einem am Donnerstag stattfindenden Sedanfest in der Kamme ein. Es sollen dort kolorierte Lichtbilder aus dem deutsch-französischen Kriege vorgeführt werden. Eigentlich sollte die Direktion des Wertes wissen, daß in ihrem Betriebe wie andern auch die große Mehrheit der Arbeiter um derartige Veranstaltungen nicht um geringsten verlegen ist.

In den Eisenbahnwerkstätten haben die Arbeiter gestern einen halben Tag feiern müssen. Wenn ihnen auch an sich zum großen Teil der Sedantag gleichgültig ist, so wäre ihnen der halbe Feiertag schon recht gewesen. Doch wegen die Verteilung, daß ihnen für diesen halben Tag der Lohn nicht angerechnet wird und dieser Zweifel läßt, wenn man den sprichwörtlich geringen Arbeitsverdienst der Eisenbahnangestellten in Betracht zieht, selbst in patriotischen Herzen keine rechte Begeisterung auskommen. Hoffentlich erweisen sich die Bestrebungen der Arbeiter als grundlos.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Dienstagvormittag gegen 10 Uhr ließ eine Feuermeldung von der Reichsbank ein, worauf ein halbes Dutzend Löschzüge ausrückten. Es handelte sich jedoch lediglich um ein Faß Teer, das auf dem Neubau der Reichsbank in der Niederwallstr. 89 in Brand geraten war. Durch Aufweifen von Sand konnten die Flammen in kurzer Zeit erstickt werden. In der Nacht zum Dienstag wurde die Wehr nach der Luisenstr. 85 gerufen. Hier war in einem Keller Feuer ausgebrochen, das einen Kasten Berg er-

griffen hatte. Es gelang indes der Wehr, den Brand bald zu löschen. Kurz darauf war in der Schwedischstr. 34 in einer Markise ein Brand entstanden, dessen Abkündigung jedoch auch bald erfolgen konnte. Betten, Stroh, Kleidungsstücke etc. gingen Montagabend 9 Uhr in der Krausenstr. 9 in einer Wohnung in Flammen auf. Die Gefahr konnte in kurzer Zeit beseitigt werden. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischenzeit noch Feuermeldungen von der Reichenburgerstraße 6 und von der Scharenstr. 36 zu verzeichnen, die indes auf „blinden Lärm“ zurückzuführen waren.

Das Passage-Theater hat sich jetzt sehr zu seinem Vorteil verändert. Eine hübsche geräumige Bühne ziert das Haus, prächtige elektrische Beleuchtung ergießt sich über den weiten Saal, und nebenan, wo sich früher die Wachsfiguren langweilten, hat eine ungarische Konzertkapelle Platz genommen. Das Programm des Theaters kann sich jetzt getrost neben dem der ersten Variété-Bühnen sehen lassen. Besonders hervorragend ist des Wortes eigentlicher Bedeutung sind die Leistungen der Kunstreiterin Liane d'Amiroff, die mit ihrem Pferde auf einem Podium von zwei Meter Höhe und drei Meter Durchmesser Evolutionen ausführt, die jeden Verehrer der Circuskunst in Erstaunen versetzen müssen. Auf einer rotierenden Leiter an der Decke des Saales arbeiten die Ceada Brothers, in der Jonglierkunst bewähren sich die Japaner Kanioa, tüchtige Medtuner sind die Herren Opaval und Geo. Besonders reich ist die Gesangs-kunst mit zum Teil tüchtigen Kräften versehen. Wir nennen die Damen Ella Capilove und Hella Collier, sowie den russischen Tenor Gore. Gewandte musikalische Clowns sind die Herren Hart und Arp.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. In der Stadtverordneten-Sitzung am Montag, der ersten nach achtwöchentlichen Ferien, erfolgte zunächst die Einführung des Stadtverordneten Gewerks O b s t in der üblichen Weise. Bei dieser Gelegenheit gedachte der Vorsitzende neben andern wichtigen Fragen, die der Kommune zur Erledigung vorliegen, auch der Fleischnot und Fleischverknappung. Die Vorlage des Magistrats betreffend Annahme des Gutmannschen Angebots bezüglich der Regulierung der Martin Luther- und der Barbarossastraße und der Straßen B und C wurde einem Ausschuss überwiefen. — Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß der Eisenbahndirektion eine Anerkennungsgeldgebühr von 40 M. jährlich für die Vermittlung eisenbahnstatistischer Terrains an der Unterführung der Göttenstraße an Stelle einer einmaligen Abfindungssumme von 10000 M. gezahlt werde. — Eine fast dreistündige Debatte, die sich zu einer principiellen Beleuchtung der Frauenfrage ausdehnte, entspann sich bei dem Magistratsantrage betreffend die Errichtung eines Mädchen-Realgymnasiums. Der Stadtverordnete v. Frankenberg, der oft für erweiternde Debatten sorgt, hatte als Gegner der Vorlage auch diesmal wieder alles Ernstes behauptet, die Frau könne nicht ebenso wissenschaftlich wie der Mann sein, sie könne nicht denken, habe auch ein zu kurzes Gedächtnis. Unfern Standpunkt in dieser Angelegenheit vertret Genosse O b s t, indem er hervorhob, daß wir im allgemeinen stets für verbesserte Bildungsgelegenheit eintreten würden, der vorliegenden Sache jedoch so lange abhold gegenüber stehen müßten, als nicht auf dem Gebiete des Volksschulwesens Mißstände, wie z. B. die „fliegenden Klassen“ usw. beseitigt seien. Einstimmig wurde sodann die wichtige Vorlage an eine Kommission von 11 Mitgliedern verwiesen.

Dalldorf. Mit der Gemeinde Tegel ist wegen der Wasserversorgung von Vorkirchwalde ein Vertrag abgeschlossen worden. Das Wasser wird zum Preise von 13 Pf. für den Kubikmeter geliefert. — In der Angelegenheit der Kanalisation beantragten unsere Parteigenossen, den Unternehmer Thomas Goodbon zu verpflichten, daß er die in Dalldorf und Vorkirchwalde wohnenden Arbeiter vorzugsweise beschäftigen und die Löhne nach dem neuen Bauarbeiter-Tarif (45 Pfennig die Stunde) zahle. Während der erfragte Antrag einstimmig angenommen wurde, konnte die bürgerliche Mehrheit nicht begreifen, daß man einen Unternehmer auch verpflichten könne, die ortsüblichen Löhne zu zahlen. Mit zwei gegen acht Stimmen wurde dieser Teil des Antrages abgelehnt. — Für die Schule am Orte wurden 90 M. zur Anschaffung von Trommeln und Pfeifen gefordert. Unsere Parteigenossen beklagten den Antrag, indem sie darauf hinwiesen, daß die Gemeinde zur Beschaffung von Schulbüchern für ärmere Kinder nur die ungenügende Summe von 50 M. ausgezahlt habe. Die 90 M. wurden schließlich bewilligt.

Bei dem Volksfest des Kreises Teltow, welches am 17. August zu Steglitz abgehalten wurde, sind folgende Gegenstände gefunden worden: 1 Regenkleid, 1 Spazierstock, 1 Kopfschawl und 1 Vereinsradel. Diese Sachen lömen bei G. Platz, Groß-Lichterfelde, Gaussestr. 55, in Empfang genommen werden.

Die kostlose Leiche eines offenbar dem Arbeiterstande angehörenden Mannes ist gestern von Vahnebeuten zwischen den Ringbahnstationen Halensee und Schmargendorf gefunden worden. Ob es sich um Selbstmord oder einen Unglücksfall handelt, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Gerichts-Beitrag.

Zum Kapitel von der Unflätigkeit im Tiergarten. Ein wenig empfehlenswerter Hüter der öffentlichen Ordnung ist der Schuhmann Karl Ridel, der gestern aus der Unterjagdstraße der siebenten Ferienstrasse vorgeführt wurde, um sich wegen M i s s v e r b r e c h e n s zu verantworten. Er ist der traurige Held eines nächstlichen Abenteuer im Tiergarten geworden. Am 20. Mai d. J. hatte der Handlungsgehilfe W. in Halensee einem Tanzergewissen beigezogen und war mit seiner Tänzerin, einer 20jährigen Modistin, mit dem letzten Zuge nach Berlin zurückgekehrt. Als galanter Kavallerie hatte er seine Dame hier noch in ein Café des Bestens geführt und in der zweiten Nachthunde mit ihr den Heimweg angetreten, der sie durch den Tiergarten führte. Der Mond schien goldig, laue Lüste wehten — was Wunder, daß die Nachtwandler den Lodungen einer launischen Dank folgten und sich dort niederließen, um die androssliche Nachtluft noch ein halbes Ständchen auszulassen. Sie plauderten über die am nächsten Tage stattfindende Frühjahrsparade und über die Teilnahme des Schahs von Persien an derselben und der junge Handlungsgehilfe malte mit bereiten Worten seiner Begleiterin die Seligkeit aus, die er empfinden würde, wenn sie sich entschließen könnte, mit ihm den Rest der Nacht zu verbummeln und recht zeitig gemeinschaftlich der Parade beizuwohnen. Dieser schöne Gedanke brachte das Blut des Jünglings in Wallung, er wurde zärtlich, umfaßte das Mädchen plötzlich und drückte ihr einen brennenden Kuß auf die Lippen. Als das Mädchen sich eben den Armen des Jüdringlichen entwunden hatte, stand, wie aus der Erde gewachsen, der Angeklagte in seiner Schuhmannsuniform vor dem Pärchen und herrschte den jungen Mann an, was er da soeben gemacht habe. Verwirrt und bestürzt erklärte dieser, daß seines Wissens Liebe doch kein Verbrechen sei. Der Schuhmann war aber anderer Meinung, er verlangte von dem jungen Mann Legitimationspapiere, und als dieser solche nicht vorweisen konnte, erklärte er ihm, daß er ihn mit zur Wache nehmen müsse. Das war natürlich für den jungen Mann sehr fatal und er ließ sich auf Verhandlungen mit dem Schuhmann ein, die dieser abbrach, als ein zweiter Schuhmann, der gleichfalls die Kunde machte, auf der Wildstraße erschien. Seiner Obhut überließ der Angeklagte auf wenigen Minuten den jungen Mann, er selbst aber ging mit dem Mädchen einige Schritte seitwärts und befragte sie dort nach Namen, Stand und Wohnung, wobei er zum Entsetzen des Mädchens durchblicken ließ, daß er am nächsten Tage in ihrer Wohnung erscheinen müsse, um sich von der Richtigkeit der Personalangaben zu überzeugen. Dann ließ er das Mädchen, sich nicht vom Fleck zu rühren, bis er mit dem jungen Manne fertig sein werde und kehrte zu diesem zurück, während sein Kollege den Platz räumte, um zur Ablösung

auf die Wache zurückzugehen. Dem jungen Manne jagte er aufs neue Angst ein, indem er ihm erklärte, ihn mit zur Wache nehmen zu müssen. Er malte ihm dabei aus, wie unangenehm ihm dies sein müsse und welche Unannehmlichkeiten ihm erwachsen würden, wenn er das Strafmandat zahlen müsse. Dem jungen Manne wurde unheimlich dabei zu Mute und er dankte seinem Schöpfer, als der Schuhmann endlich mildere Saiten aufzog und es als möglich hinstellte, die Sache noch aus der Welt zu schaffen. Dazu wäre aber nötig, daß er am nächsten Tage zur Wohnung des Mädchens sähe, um sich zu überzeugen, ob diese wirklich nicht eine Dirne sei und weiter wäre nötig, daß ihm der junge Mann das Drofängeld ersehe. Dieser war sofort bereit dazu, ließ den ganzen Rest seiner Habe — in Höhe von 2 M. — in die hingehaltene Hand des Schuhmanns gleiten und besorgte dann dessen Rat, sich so schnell wie möglich zu entfernen. Als er weg war, wandte sich der Angeklagte wieder dem Mädchen zu, dem der Schred die Glieder fast gelähmt hatte, auf sein Gebot folgte sie ihm ins Gebüsch und hier berührte sie der Beamte wiederholt in unzünftiger Weise. Inzwischen war der junge Mann seines Weges weiter gezogen. Schon als er dem Schuhmann das Geld gab, war ihm das Verfahren desselben höchst merkwürdig vorgekommen und er hatte sich dessen Nummer gemerkt. Als er durch das Brandenburger Thor schritt, kam ihm die Ueberzeugung, daß er recht thöricht gewesen sei und ruhig die weitere Entwicklung hätte abwarten können, da er absolut nichts Strafbares begangen hatte. In seinem Aerger teilte er einem unter den Linden postierten Schuhmann das soeben im Tiergarten erlebte Abenteuer mit. Dieser wollte es zuerst nicht glauben, als der junge Mann aber dabei verblieb, sorgte der Beamte dafür, daß der Vorkall zur Anzeige gebracht wurde. Der Angeklagte, der seit fünf Jahren Schuhmann und Familienvater ist, konnte sich nur mit der Versicherung entschuldigen, daß er angetrunken gewesen sei. Der Staatsanwalt qualifizierte seine That als Mißverbrechen, da er für eine Handlung, die eine Verletzung einer Amts- und Dienstpflicht enthielt, Geschenke angenommen habe. Wegen der Verleumdung des jungen Mädchens könne eine Strafe nicht ausgesprochen werden, da ein Strafantrag nicht vorlag. Der Staatsanwalt beantragte 2 1/2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Rechtsanwalt Dr. Schwindt gab ohne weiteres zu, daß das Verfahren des Angeklagten ein unerhörtes und disciplinärlich gewiß schwer zu ahndendes sei, bestritt aber, daß das Verhalten des Angeklagten unter irgend einen Strafparagrafen zu subsumieren sei. Das Mißverbrechen liege nicht vor, da es gar nicht zu den Amtspflichten des Angeklagten gehöre, ein Pärchen, welches nächstlicher Weise und ohne öffentliches Vergnügen zu erregen, im Tiergarten Händelkeiten anzusehen, zur Wache zu führen. — Der Gerichtshof nahm an, daß sich der Angeklagte der Erpressung schuldig gemacht habe und verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und fünfjähriger Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter.

Versammlungen.

Die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg hat zum Punkt „Presse“ nicht — wie es in unserm Bericht heißt — die Anträge 1—6, sondern — wie uns Genosse Kiesel mitteilt — die Anträge 1—4 und den Antrag 6 angenommen, während die Anträge 5 und 7 namens der Kommunisten zurückgezogen wurden, nachdem die betreffenden Genossen ihr Unrecht eingesehen hatten.

Bernau. Am Sonnabend, den 30. August 1902, veranstalteten die Parteigenossen in Bernau im Schützenhause eine gut besuchte Volksversammlung, in der sie unsern Loten gedachten. Der Saal war der Würde des Tages entsprechend dekoriert und leitete der Gesangsverein „Freiheit“ durch Vortrag des Liedes „Empor zum Licht“ die Feier ein. Hierauf hielt Genosse Wiesenhal aus Berlin einen Vortrag, in welchem er nicht nur unsern Vorkämpfer Lassalle, Marx, Engels, Liebknecht gedachte, er würdigte auch das Andenken aller derer, die die Kleinarbeit der Partei besorgten. Nach Schluß des Referats trug der Gesangsverein den „Socialistenmarsch“ vor. Die Feier war eine recht erhabende.

Centralverband der Konditorgehilfen und verwandten Berufsgenossen. Mittwoch, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Helme, Lindenstraße 96 (am Koppenplatz), Mitglieder-Versammlung. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Geldern. S. R. An der Behauptung des Blattes ist kein wahres Wort. Wir würden uns trotz dieser unglücklichen Verhältnisse beteiligen. Wir sind immer nur in Kampfe gewachsen.

Zeits. Besten Dank für die Zusendung des Berichts; es ist uns jedoch unmöglich, von allen Kreisberichten Notiz zu nehmen.

W. N. 100. 1. Ja. 2. Der Reichstempel wird vom 1. Januar zum 1. Januar berechnet. — **M. C., Grenadinerstraße.** Sie würden dieselben Einwendungen wie vor acht Jahren erheben können. — **S. S. H.** Ihre Fragen sind in dem uns nicht mitgeteilten Klassenkatalog beantwortet.

David 30. Wenden Sie sich schriftlich an den Hamburger Senat, Präses der Behörde für Krankenversicherung. Das von Ihnen angenommene Recht besteht allerdings nicht. — **Schönhausen. Ja.** — **G. S. 80. Ja.** — **R. S.** Dagegen läßt sich mit Erfolg nichts anführen. — **Prinz 65.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Fordern Sie den Witt auf, den Wittand zu befeitigen, drohen Sie ihm an, falls er der Aufforderung innerhalb acht Tagen nicht nachkommt, würden Sie die Befestigung auf seine Kosten vornehmen lassen, und handeln Sie dementsprechend. — **K. S. Moabit.** Ueber die Armenunterstützung hat die Gemeinde Jores Wohnort zu entscheiden. — **J. G. 13.** 1. 30 Jahre lang. 2. Nein. — **S. M.** Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt von dem genauen Inhalt der und nicht mitgeteilten Einigung ab. — **C. Rein.** — **R. N. Ja.** — **Capitular 6.** Die Berufsgenossenschaft kann, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Verdienst, die Rente herabsetzen, wenn die Erwerbsfähigkeit gebessert ist. Auch wenn der Belegte mehr verdient, kann er gleich erwerbsunfähig gehalten sein. — **75. R. N. 1.** Ihre Forderung ist nicht verjähr. 2. Die Frist zur Stellung des Strafantrages beträgt 3 Monate, gerechnet vom Tage der Kenntnis der Verletzung seitens des Beleidigten ab. 3. Am 15. Oktober muß werden. — **N. S. 78.** Hat der Verleher das Haus im laufenden Anwalt erstanden, so kann er bis am 3. Oktober zum 1. Januar kündigen. — **Frankfurterstraße. Rein.** — **S. S. 100.** Wenden Sie sich an das dortige Gericht. — **R. N. 111.** Sie sind im Artium, können aber den Bericht einer Mediziner machen. — **S. H.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **C. M. 100.** Ein adoptiertes, durch Adoptionsvertrag angenommene Kind steht einem eignen rechtlich gleich. Es hat also Schulgeld in Berlin nicht zu entrichten. Für ein nicht adoptiertes, lediglich angenommene Kind muß Schulgeld gezahlt werden. — **G. S. 27.** Nach der Civilprozeß-Ordnung muß auf Verlangen des Gegners die Prozeßvollmacht notariell oder gerichtlich beglaubigt werden. Polizeiliche Beglaubigung genügt nicht. — **H. O.** Der Magistrat ist leider im Recht. Ihr Sohn ist feuergefährlich, weil die Biermarksteuer von der freitragenden Stadtverordneten-Mehrheit aufrechterhalten ist. — **G. M.** Bezahlung der Steuern tritt erst in 4 Jahren ein: Die Bezahlung war also noch zulässig. Sind Sie zu hoch eingeschätzt, so müssen Sie reklamieren. — **September. 1.** Die Sache wäre zweifelhaft, wenn nicht aus den nachträglichen Feststellungen hervorginge, daß eine Verjährungsfrist, so daß von dem Zeitpunkt ab oberhalb zehn Jahre Verjährungszeit laufen. 2. u. 4. Die Sache ist unklar, so wie Sie angeben, so liegt keine Straftat vor. Sont kann auf Gefängnis oder Zuchthaus erkannt werden. Wenden Sie sich unter Darlegung des Falles an einen Rechtsanwalt mit dem Ersuchen um Vertretung. — **T. S. 1. Ja.** 2. Rein.

W. N. 100. 1. Ja. 2. Der Reichstempel wird vom 1. Januar zum 1. Januar berechnet. — **M. C., Grenadinerstraße.** Sie würden dieselben Einwendungen wie vor acht Jahren erheben können. — **S. S. H.** Ihre Fragen sind in dem uns nicht mitgeteilten Klassenkatalog beantwortet.

David 30. Wenden Sie sich schriftlich an den Hamburger Senat, Präses der Behörde für Krankenversicherung. Das von Ihnen angenommene Recht besteht allerdings nicht. — **Schönhausen. Ja.** — **G. S. 80. Ja.** — **R. S.** Dagegen läßt sich mit Erfolg nichts anführen. — **Prinz 65.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Fordern Sie den Witt auf, den Wittand zu befeitigen, drohen Sie ihm an, falls er der Aufforderung innerhalb acht Tagen nicht nachkommt, würden Sie die Befestigung auf seine Kosten vornehmen lassen, und handeln Sie dementsprechend. — **K. S. Moabit.** Ueber die Armenunterstützung hat die Gemeinde Jores Wohnort zu entscheiden. — **J. G. 13.** 1. 30 Jahre lang. 2. Nein. — **S. M.** Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt von dem genauen Inhalt der und nicht mitgeteilten Einigung ab. — **C. Rein.** — **R. N. Ja.** — **Capitular 6.** Die Berufsgenossenschaft kann, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Verdienst, die Rente herabsetzen, wenn die Erwerbsfähigkeit gebessert ist. Auch wenn der Belegte mehr verdient, kann er gleich erwerbsunfähig gehalten sein. — **75. R. N. 1.** Ihre Forderung ist nicht verjähr. 2. Die Frist zur Stellung des Strafantrages beträgt 3 Monate, gerechnet vom Tage der Kenntnis der Verletzung seitens des Beleidigten ab. 3. Am 15. Oktober muß werden. — **N. S. 78.** Hat der Verleher das Haus im laufenden Anwalt erstanden, so kann er bis am 3. Oktober zum 1. Januar kündigen. — **Frankfurterstraße. Rein.** — **S. S. 100.** Wenden Sie sich an das dortige Gericht. — **R. N. 111.** Sie sind im Artium, können aber den Bericht einer Mediziner machen. — **S. H.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **C. M. 100.** Ein adoptiertes, durch Adoptionsvertrag angenommene Kind steht einem eignen rechtlich gleich. Es hat also Schulgeld in Berlin nicht zu entrichten. Für ein nicht adoptiertes, lediglich angenommene Kind muß Schulgeld gezahlt werden. — **G. S. 27.** Nach der Civilprozeß-Ordnung muß auf Verlangen des Gegners die Prozeßvollmacht notariell oder gerichtlich beglaubigt werden. Polizeiliche Beglaubigung genügt nicht. — **H. O.** Der Magistrat ist leider im Recht. Ihr Sohn ist feuergefährlich, weil die Biermarksteuer von der freitragenden Stadtverordneten-Mehrheit aufrechterhalten ist. — **G. M.** Bezahlung der Steuern tritt erst in 4 Jahren ein: Die Bezahlung war also noch zulässig. Sind Sie zu hoch eingeschätzt, so müssen Sie reklamieren. — **September. 1.** Die Sache wäre zweifelhaft, wenn nicht aus den nachträglichen Feststellungen hervorginge, daß eine Verjährungsfrist, so daß von dem Zeitpunkt ab oberhalb zehn Jahre Verjährungszeit laufen. 2. u. 4. Die Sache ist unklar, so wie Sie angeben, so liegt keine Straftat vor. Sont kann auf Gefängnis oder Zuchthaus erkannt werden. Wenden Sie sich unter Darlegung des Falles an einen Rechtsanwalt mit dem Ersuchen um Vertretung. — **T. S. 1. Ja.** 2. Rein.

W. N. 100. 1. Ja. 2. Der Reichstempel wird vom 1. Januar zum 1. Januar berechnet. — **M. C., Grenadinerstraße.** Sie würden dieselben Einwendungen wie vor acht Jahren erheben können. — **S. S. H.** Ihre Fragen sind in dem uns nicht mitgeteilten Klassenkatalog beantwortet.

David 30. Wenden Sie sich schriftlich an den Hamburger Senat, Präses der Behörde für Krankenversicherung. Das von Ihnen angenommene Recht besteht allerdings nicht. — **Schönhausen. Ja.** — **G. S. 80. Ja.** — **R. S.** Dagegen läßt sich mit Erfolg nichts anführen. — **Prinz 65.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Fordern Sie den Witt auf, den Wittand zu befeitigen, drohen Sie ihm an, falls er der Aufforderung innerhalb acht Tagen nicht nachkommt, würden Sie die Befestigung auf seine Kosten vornehmen lassen, und handeln Sie dementsprechend. — **K. S. Moabit.** Ueber die Armenunterstützung hat die Gemeinde Jores Wohnort zu entscheiden. — **J. G. 13.** 1. 30 Jahre lang. 2. Nein. — **S. M.** Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt von dem genauen Inhalt der und nicht mitgeteilten Einigung ab. — **C. Rein.** — **R. N. Ja.** — **Capitular 6.** Die Berufsgenossenschaft kann, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Verdienst, die Rente herabsetzen, wenn die Erwerbsfähigkeit gebessert ist. Auch wenn der Belegte mehr verdient, kann er gleich erwerbsunfähig gehalten sein. — **75. R. N. 1.** Ihre Forderung ist nicht verjähr. 2. Die Frist zur Stellung des Strafantrages beträgt 3 Monate, gerechnet vom Tage der Kenntnis der Verletzung seitens des Beleidigten ab. 3. Am 15. Oktober muß werden. — **N. S. 78.** Hat der Verleher das Haus im laufenden Anwalt erstanden, so kann er bis am 3. Oktober zum 1. Januar kündigen. — **Frankfurterstraße. Rein.** — **S. S. 100.** Wenden Sie sich an das dortige Gericht. — **R. N. 111.** Sie sind im Artium, können aber den Bericht einer Mediziner machen. — **S. H.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **C. M. 100.** Ein adoptiertes, durch Adoptionsvertrag angenommene Kind steht einem eignen rechtlich gleich. Es hat also Schulgeld in Berlin nicht zu entrichten. Für ein nicht adoptiertes, lediglich angenommene Kind muß Schulgeld gezahlt werden. — **G. S. 27.** Nach der Civilprozeß-Ordnung muß auf Verlangen des Gegners die Prozeßvollmacht notariell oder gerichtlich beglaubigt werden. Polizeiliche Beglaubigung genügt nicht. — **H. O.** Der Magistrat ist leider im Recht. Ihr Sohn ist feuergefährlich, weil die Biermarksteuer von der freitragenden Stadtverordneten-Mehrheit aufrechterhalten ist. — **G. M.** Bezahlung der Steuern tritt erst in 4 Jahren ein: Die Bezahlung war also noch zulässig. Sind Sie zu hoch eingeschätzt, so müssen Sie reklamieren. — **September. 1.** Die Sache wäre zweifelhaft, wenn nicht aus den nachträglichen Feststellungen hervorginge, daß eine Verjährungsfrist, so daß von dem Zeitpunkt ab oberhalb zehn Jahre Verjährungszeit laufen. 2. u. 4. Die Sache ist unklar, so wie Sie angeben, so liegt keine Straftat vor. Sont kann auf Gefängnis oder Zuchthaus erkannt werden. Wenden Sie sich unter Darlegung des Falles an einen Rechtsanwalt mit dem Ersuchen um Vertretung. — **T. S. 1. Ja.** 2. Rein.

W. N. 100. 1. Ja. 2. Der Reichstempel wird vom 1. Januar zum 1. Januar berechnet. — **M. C., Grenadinerstraße.** Sie würden dieselben Einwendungen wie vor acht Jahren erheben können. — **S. S. H.** Ihre Fragen sind in dem uns nicht mitgeteilten Klassenkatalog beantwortet.

David 30. Wenden Sie sich schriftlich an den Hamburger Senat, Präses der Behörde für Krankenversicherung. Das von Ihnen angenommene Recht besteht allerdings nicht. — **Schönhausen. Ja.** — **G. S. 80. Ja.** — **R. S.** Dagegen läßt sich mit Erfolg nichts anführen. — **Prinz 65.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Fordern Sie den Witt auf, den Wittand zu befeitigen, drohen Sie ihm an, falls er der Aufforderung innerhalb acht Tagen nicht nachkommt, würden Sie die Befestigung auf seine Kosten vornehmen lassen, und handeln Sie dementsprechend. — **K. S. Moabit.** Ueber die Armenunterstützung hat die Gemeinde Jores Wohnort zu entscheiden. — **J. G. 13.** 1. 30 Jahre lang. 2. Nein. — **S. M.** Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt von dem genauen Inhalt der und nicht mitgeteilten Einigung ab. — **C. Rein.** — **R. N. Ja.** — **Capitular 6.** Die Berufsgenossenschaft kann, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Verdienst, die Rente herabsetzen, wenn die Erwerbsfähigkeit gebessert ist. Auch wenn der Belegte mehr verdient, kann er gleich erwerbsunfähig gehalten sein. — **75. R. N. 1.** Ihre Forderung ist nicht verjähr. 2. Die Frist zur Stellung des Strafantrages beträgt 3 Monate, gerechnet vom Tage der Kenntnis der Verletzung seitens des Beleidigten ab. 3. Am 15. Oktober muß werden. — **N. S. 78.** Hat der Verleher das Haus im laufenden Anwalt erstanden, so kann er bis am 3. Oktober zum 1. Januar kündigen. — **Frankfurterstraße. Rein.** — **S. S. 100.** Wenden Sie sich an das dortige Gericht. — **R. N. 111.** Sie sind im Artium, können aber den Bericht einer Mediziner machen. — **S. H.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **C. M. 100.** Ein adoptiertes, durch Adoptionsvertrag angenommene Kind steht einem eignen rechtlich gleich. Es hat also Schulgeld in Berlin nicht zu entrichten. Für ein nicht adoptiertes, lediglich angenommene Kind muß Schulgeld gezahlt werden. — **G. S. 27.** Nach der Civilprozeß-Ordnung muß auf Verlangen des Gegners die Prozeßvollmacht notariell oder gerichtlich beglaubigt werden. Polizeiliche Beglaubigung genügt nicht. — **H. O.** Der Magistrat ist leider im Recht. Ihr Sohn ist feuergefährlich, weil die Biermarksteuer von der freitragenden Stadtverordneten-Mehrheit aufrechterhalten ist. — **G. M.** Bezahlung der Steuern tritt erst in 4 Jahren ein: Die Bezahlung war also noch zulässig. Sind Sie zu hoch eingeschätzt, so müssen Sie reklamieren. — **September. 1.** Die Sache wäre zweifelhaft, wenn nicht aus den nachträglichen Feststellungen hervorginge, daß eine Verjährungsfrist, so daß von dem Zeitpunkt ab oberhalb zehn Jahre Verjährungszeit laufen. 2. u. 4. Die Sache ist unklar, so wie Sie angeben, so liegt keine Straftat vor. Sont kann auf Gefängnis oder Zuchthaus erkannt werden. Wenden Sie sich unter Darlegung des Falles an einen Rechtsanwalt mit dem Ersuchen um Vertretung. — **T. S. 1. Ja.** 2. Rein.

W. N. 100. 1. Ja. 2. Der Reichstempel wird vom 1. Januar zum 1. Januar berechnet. — **M. C., Grenadinerstraße.** Sie würden dieselben Einwendungen wie vor acht Jahren erheben können. — **S. S. H.** Ihre Fragen sind in dem uns nicht mitgeteilten Klassenkatalog beantwortet.

David 30. Wenden Sie sich schriftlich an den Hamburger Senat, Präses der Behörde für Krankenversicherung. Das von Ihnen angenommene Recht besteht allerdings nicht. — **Schönhausen. Ja.** — **G. S. 80. Ja.** — **R. S.** Dagegen läßt sich mit Erfolg nichts anführen. — **Prinz 65.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Fordern Sie den Witt auf, den Wittand zu befeitigen, drohen Sie ihm an, falls er der Aufforderung innerhalb acht Tagen nicht nachkommt, würden Sie die Befestigung auf seine Kosten vornehmen lassen, und handeln Sie dementsprechend. — **K. S. Moabit.** Ueber die Armenunterstützung hat die Gemeinde Jores Wohnort zu entscheiden. — **J. G. 13.** 1. 30 Jahre lang. 2. Nein. — **S. M.** Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt von dem genauen Inhalt der und nicht mitgeteilten Einigung ab. — **C. Rein.** — **R. N. Ja.** — **Capitular 6.** Die Berufsgenossenschaft kann, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Verdienst, die Rente herabsetzen, wenn die Erwerbsfähigkeit gebessert ist. Auch wenn der Belegte mehr verdient, kann er gleich erwerbsunfähig gehalten sein. — **75. R. N. 1.** Ihre Forderung ist nicht verjähr. 2. Die Frist zur Stellung des Strafantrages beträgt 3 Monate, gerechnet vom Tage der Kenntnis der Verletzung seitens des Beleidigten ab. 3. Am 15. Oktober muß werden. — **N. S. 78.** Hat der Verleher das Haus im laufenden Anwalt erstanden, so kann er bis am 3. Oktober zum 1. Januar kündigen. — **Frankfurterstraße. Rein.** — **S. S. 100.** Wenden Sie sich an das dortige Gericht. — **R. N. 111.** Sie sind im Artium, können aber den Bericht einer Mediziner machen. — **S. H.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **C. M. 100.** Ein adoptiertes, durch Adoptionsvertrag angenommene Kind steht einem eignen rechtlich gleich. Es hat also Schulgeld in Berlin nicht zu entrichten. Für ein nicht adoptiertes, lediglich angenommene Kind muß Schulgeld gezahlt werden. — **G. S. 27.** Nach der Civilprozeß-Ordnung muß auf Verlangen des Gegners die Prozeßvollmacht notariell oder gerichtlich beglaubigt werden. Polizeiliche Beglaubigung genügt nicht. — **H. O.** Der Magistrat ist leider im Recht. Ihr Sohn ist feuergefährlich, weil die Biermarksteuer von der freitragenden Stadtverordneten-Mehrheit aufrechterhalten ist. — **G. M.** Bezahlung der Steuern tritt erst in 4 Jahren ein: Die Bezahlung war also noch zulässig. Sind Sie zu hoch eingeschätzt, so müssen Sie reklamieren. — **September. 1.** Die Sache wäre zweifelhaft, wenn nicht aus den nachträglichen Feststellungen hervorginge, daß eine Verjährungsfrist, so daß von dem Zeitpunkt ab oberhalb zehn Jahre Verjährungszeit laufen. 2. u. 4. Die Sache ist unklar, so wie Sie angeben, so liegt keine Straftat vor. Sont kann auf Gefängnis oder Zuchthaus erkannt werden. Wenden Sie sich unter Darlegung des Falles an einen Rechtsanwalt mit dem Ersuchen um Vertretung. — **T. S. 1. Ja.** 2. Rein.

W. N. 100. 1. Ja. 2. Der Reichstempel wird vom 1. Januar zum 1. Januar berechnet. — **M. C., Grenadinerstraße.** Sie würden dieselben Einwendungen wie vor acht Jahren erheben können. — **S. S. H.** Ihre Fragen sind in dem uns nicht mitgeteilten Klassenkatalog beantwortet.

David 30. Wenden Sie sich schriftlich an den Hamburger Senat, Präses der Behörde für Krankenversicherung. Das von Ihnen angenommene Recht besteht allerdings nicht. — **Schönhausen. Ja.** — **G. S. 80. Ja.** — **R. S.** Dagegen läßt sich mit Erfolg nichts anführen. — **Prinz 65.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Fordern Sie den Witt auf, den Wittand zu befeitigen, drohen Sie ihm an, falls er der Aufforderung innerhalb acht Tagen nicht nachkommt, würden Sie die Befestigung auf seine Kosten vornehmen lassen, und handeln Sie dementsprechend. — **K. S. Moabit.** Ueber die Armenunterstützung hat die Gemeinde Jores Wohnort zu entscheiden. — **J. G. 13.** 1. 30 Jahre lang. 2. Nein. — **S. M.** Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt von dem genauen Inhalt der und nicht mitgeteilten Einigung ab. — **C. Rein.** — **R. N. Ja.** — **Capitular 6.** Die Berufsgenossenschaft kann, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Verdienst, die Rente herabsetzen, wenn die Erwerbsfähigkeit gebessert ist. Auch wenn der Belegte mehr verdient, kann er gleich erwerbsunfähig gehalten sein. — **75. R. N. 1.** Ihre Forderung ist nicht verjähr. 2. Die Frist zur Stellung des Strafantrages beträgt 3 Monate, gerechnet vom Tage der Kenntnis der Verletzung seitens des Beleidigten ab. 3. Am 15. Oktober muß werden. — **N. S. 78.** Hat der Verleher das Haus im laufenden Anwalt erstanden, so kann er bis am 3. Oktober zum 1. Januar kündigen. — **Frankfurterstraße. Rein.** — **S. S. 100.** Wenden Sie sich an das dortige Gericht. — **R. N. 111.** Sie sind im Artium, können aber den Bericht einer Mediziner machen. — **S. H.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **C. M. 100.** Ein adoptiertes, durch Adoptionsvertrag angenommene Kind steht einem eignen rechtlich gleich. Es hat also Schulgeld in Berlin nicht zu entrichten. Für ein nicht adoptiertes, lediglich angenommene Kind muß Schulgeld gezahlt werden. — **G. S. 27.** Nach der Civilprozeß-Ordnung muß auf Verlangen des Gegners die Prozeßvollmacht notariell oder gerichtlich beglaubigt werden. Polizeiliche Beglaubigung genügt nicht. — **H. O.** Der Magistrat ist leider im Recht. Ihr Sohn ist feuergefährlich, weil die Biermarksteuer von der freitragenden Stadtverordneten-Mehrheit aufrechterhalten ist. — **G. M.** Bezahlung der Steuern tritt erst in 4 Jahren ein: Die Bezahlung war also noch zulässig. Sind Sie zu hoch eingeschätzt, so müssen Sie reklamieren. — **September. 1.** Die Sache wäre zweifelhaft, wenn nicht aus den nachträglichen Feststellungen hervorginge, daß eine Verjährungsfrist, so daß von dem Zeitpunkt ab oberhalb zehn Jahre Verjährungszeit laufen. 2. u. 4. Die Sache ist unklar, so wie Sie angeben, so liegt keine Straftat vor. Sont kann auf Gefängnis oder Zuchthaus erkannt werden. Wenden Sie sich unter Darlegung des Falles an einen Rechtsanwalt mit dem Ersuchen um Vertretung. — **T. S. 1. Ja.** 2. Rein.

W. N. 100. 1. Ja. 2. Der Reichstempel wird vom 1. Januar zum 1. Januar berechnet. —

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 3. Septbr.
Opernhaus, Robert der Teufel. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus, Die Hochzeitsreise. — Die Dilettanten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll), Tho Silver Slipper. (Der silberne Pantoffel.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches, Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig, So leben wir. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner, Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen, Martha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues, Ledige Leute. Anfang 8 Uhr.
Reichens, Der Fall Mathieu. (L'Affaire Mathieu.) Vorher: So liebe Sie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia, Er und seine Schwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central, Die schöne Sinderin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller, O. Morituri. (Teja, Fritzechen, Das Ewig-Männliche.) Anfang 8 Uhr.
Schiller, N. (Friedrich Wilhelm-Rödtichs Theater) Die Braut von Messina. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss, Eine Paria. Anfang 8 Uhr.
Palais, Othello. Anfang 8 Uhr.
Casino, Erotische Arbeit. Anfang 8 Uhr.
Kleines, Serenissimus-Zwischenspiele. Anfang 8 Uhr.
Apollo, Kallistrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wintergarten, Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Buntes Theater, Susanne im Bade. Das Weiterhändchen. Anfang 8 Uhr.
Metropol, Berlin bleibt Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen, Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollge Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang abends 8 Uhr.
Vollge Panoptikum, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang abends 8 Uhr.
Urania, Tauben-Strasse 48/49. (Schauspielhaus.) Anfang 8 Uhr.
Jubiläumstrasse 57/62. Täglich: Sternwarte.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72-73.
Novität! Anfang 7 1/2 Uhr. Novität!
Er und seine Schwester.
Vollge mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Ferny, Buchbinder. Guido Thielscher als Orchester-Dirig. Von 2 Akte: Rigel-Goumet.
Fritz Holminger, Gerda Walde, Herbert Paulmiller, August Reiff. Morgen und folgende Tage: Er und seine Schwester.

Luisen-Theater.

Weidenbergerstrasse 34.
Drei Minuten vom Kottbuser Thor.
Direktion: Ludwig Rosenfeld.
Neu einstudiert:
Othello
der Moor von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten, v. Shakespeare. Rosenöffnung 9 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf an der Theaterkasse 10 bis 2 Uhr vormittags, Jubiläumstrasse 57/62, Unter den Linden 24, und Künstlerhaus, Unter den Linden 19.
Morgen und Freitag: Neue Luft. Sonnabend zum erstenmal: Die Dame von Hon.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Eine Paria.
Lebensbild in 5 Akten oder 8 Bildern von Ernst Hildebrandt.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: Großes Kinderfest. Neues Spezialitäten-Programm. Anfang 5 Uhr.

Apollo-Theater.

Neues Spezialitäten-Programm.
Elloth Savonnas.
Max Wilson-Troupe — 3 Satours.
The Sennets etc. etc.
Um 9 1/2 Uhr:
Lysistrata
Leonidas — Robert Steidl.
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Wintergarten.

Maud Griseida, Hundo-Dressense, Les Sivas, Leiter - Equilibristen, Josie de Witt, Sängerin u. Geigerin, Die Vicentinas, Rollschuhläufer, Rofix, athletische Produktionen, Karl Meister, Tenorist vom k. k. priv. Carl-Theater in Wien, Helene Gerard, „Hohe Schule“, Sari Fedak, Sängerin vom Ungar. Theater in Budapest, Die Kellino-Truppe, ital. Akrobaten, Claudine Polaire, Pariser Sängerin, W. C. Fields, komischer Jongleur.

Cléo de Mérode

Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris „Blüthen“.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

Passage-Theater.

Auf das glänzendste renoviert.
Aufgang nur Unter den Linden 22.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Liane d'Amiroff
Hohe Schule, geritten auf einer Plattform.
Savely Gore, der neue russische Tenor. — **Hella Collier**, beste deutsche Soubrette. — **Ludwig Telheim**, der famos Couplet-Sänger.
14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Die sensationellen lebenden Bilder,
dargestellt v. 6 jungen Damen.
Kirchmeiers Berliner Original-Schrammeln.

ZOOLOGISCHER ZARTEN

Täglich nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr abends 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Buntes Theater („Ueberbrett“)

Röpenickerstrasse 68.
Anfang 8 Uhr.
1. Susanne im Bade. Schauspiel von Hugo Salus.
2. Bauer Teufel unter Leitung von Oskar Strauch, Tiny Sanders a. G., Sozons Bradsky, Dokken Lassen, Marcell Salzer.
Vorstellung 3 Mal.

Metropol-Theater

Heute:
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungsschöpfung mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas a. G., Josef Joseph, Henry Bender, Flora Siding, Hans Reichsberg, Wini Grabitz, — Johanna Junker-Schatz. — Anfang 8 Uhr.
Rauchen gestattet.

Casino-Theater.

Köthlingerstr. 37.
Wochentags 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Buntes Programm.
Dazu:
Christliche Arbeit.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 23.
Sonabend, den 6. September:
Gr. Eröffnungs-Vorstellung.
Das Theater ist gänzlich neu umgebaut. — 9 Uhr.
Zum ersten Male: **9 Uhr. Fromme Wünsche.**
Schwank in 3 Akten von J. Rosen-Stroh v. Stroberg; Dir. Rich. Winkler. Spezialitäten ersten Ranges. Lotte Meade, beste deutsche Soubrette. Fritz Brandt, nur Original-Schlager. Les Premiers, Acrobaten-Gesellschaft. Terno-Truppe, Oriental-Act.
Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Prinzenstrasse 16.
Abschied und Heimkehr.
Lebensbild mit Gesang in 3 Akten von Edwin Wiener und Rudolf Witz.
Vorher: **Die Erbtante.**
Schwank in 1 Akt von Schauschw.

Prater-Theater

Kassanien-Allee 7-9.
Täglich:
Durch fremde Schuld.
Sollschuld in 3 Akten von A. Seelen. Eugen Milano, Zangnamoré. — **Gisela Loyal** — Leodiskas Kakadus, komische Rednerin. — **The Elrades**, Emmy Palmay, Soubrette. — 3 Stagemanns, römische Seile. — **Konzert** Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf. **Kalbo**, 15145

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater) Mittwoch abends 8 Uhr:
Moritur!
Teja, Fritzechen, Das Ewig-Männliche von Hermann Sudermann.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Die Mottenburger.
Freitag abends 8 Uhr:
Sappho.
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm-Rödtichs Theater) Mittwoch, den 3. September, abends 8 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung.
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Einsame Menschen.

Neue Welt. Arnold Scholz.

Mittwoch, den 3. September:
Grosses Kinder-Freuden-Fest
verbunden mit Doubouren, Fackelparade u. Gratisverlosung.
Hauptgewinn für Knaben: Eine silberne Herrenuhr. Hauptgewinn für Mädchen: Eine silberne Damenuhr. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr. Eintritt 15 Pf.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Serenissimus-Zwischenspiele
Hochzeitabend. Kollegen. Schöne Seelen.

Fröbels Allerlei-Theater

r. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Der neue Künstler-Zyklus.
Neu! Benedetti und Starr. Neu! Tsching u. Tschang, Mildow u. Feldow. Dazu **Otto Waldemar** mit neuen selbstverfassten Schlägern! Um 8 1/2 Uhr: Das humorvolle große Gesangs-Vokalstück:
Unser Goldjunge.
Im Saale: Täglich 8 Pf. Anfang 5 Uhr — anree 30 Pf. Dienstag, den 9. September: Große Benefiz — Montag, den 15. d. M.: Schluß der Sommerpietät. Bis dahin finden keine Privatvorstellungen mehr statt.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.


Sommertheater Marienbad

Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Täglich:
Der Brandstifter.
Operette in 1 Akt von Lindner. Willy Reinhold; Dir. R. Wagner. Erstklassige Spezialitäten.
Entree 20 Pf. Bond und Vorzugsarten haben Günstigkeit.

Sanssouci Norddeutsche Sänger

Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.
Täglich:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Source: Langsträngchen. Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 50 Pf., Wochentags 8 Uhr, Entree 30 Pf. Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Montag, 16. September: Benefiz.

Steidl-Theater

Platenstr. 132 an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr: die unergleichlichen **Fritz Steidl-Sänger**
Entree 50 Pf. Sperrbil 1 M., Vorverkauf von 11-1 Uhr an der Kasse. Sonntag u. Donnerst. Langsträngchen.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Sensationell!
Der phänomenale Verwandlungskünstler Carl Braun
mit seinem bunten Theater, worin er 36 Personen darstellt.
Auftritt des Mundharmonika-Vereins „Symphonie“. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Vorzugsarten haben Günstigkeit. Kaffeefache. — Saal.

Die beste Cigarre, Binneböse, Schillingstrasse 38.

Achtung! Steirisches Wagnersäge, Fische (Karpfen), Fisch- und Tafelbrot liefert **Vinzenz Marack**, Gleitsstätten (Steiermark). 15145

Ziehung 4., 6., 7., 8. und 9. Oktober 1902.
Ziehungssalle der Kgl. General-Lotterie-Direktion. 500.000 Loose.

Wohlfahrts-Lotterie

zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.
Loose à M. 3.30 Porto u. Liste 30 Pf. extra.
16,870 Geldgewinne ohne Abzug Mark
575000
Hauptgewinn: Mark
100000
50000
25000
15000
2 à 10000-20000
4 à 5000-20000
10 à 1000-10000
100 à 500-50000
150 à 100-15000
600 à 50-30000
16000 à 15-240000
Loose verwendet: Gesamt-Dahit
Lud. Müller & Co.
in Berlin, Dorotheenstr. 5 u. in Hamburg, Nürnberg, München.
Telegr.-Adr.: Wüskmüller.

Central-Festsäle, Dr. Max Blumenthal

Von der Reise zurück
Dr. Max Blumenthal
noch verbleibende Sonnabende frei.
Elegante Säle. 17855 35/16 Landsberger Allee 142.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Mittenwalderstrasse 39, v. part. — Dritter Wahlkreis: St. Frig. Bringenstr. 31, Hof rechts part. — Vierter Wahlkreis: O. Robert Engels, Or. Hauptstrasse 123, Hof part. — 50.: Paul Böhm, Luisenpark 14/15 (Vaden). — Sechster Wahlkreis (Habit): Karl Anders, Langwedelerstrasse 8, im Vaden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Weidenstrasse 41/42. — Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Raschke, Grünwalderstr. 65. — Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kasanien-Allee 95/96. — Charlottenburg: Gustav Schwarzenberg, Schenkeimerstrasse 1, Ecke Goethestrasse, vorn l. — Deutsch-Wilmersdorf: E. Riedel, Ullrichstrasse Nr. 108, partiere. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Hohenschönhausen: Oswald Grauer, Berlin O., Hauptstrasse 197. — Grunau: Gustav Wier, Röpenickerstrasse 111. — Rixdorf: O. Hermann, Erbstrasse 6. — Schöneberg: Witz. G. a. m. i. e. r., Martin Lutherstr. 51, Vaden. — Ober-Schöneberg: Ernst Kaufhold, Wilhelmstrasse 18. — Nieder-Schöneberg: Sonatasky, Berlinerstrasse 8. — Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstrasse 39, l. — Adlershof: Gustav Dige, Gadenbergstrasse 8. — Köpenick: Friedrich Wold, Grünstrasse 29. — Friedenau-Steglitz: J. Bernier, Rixstr. 15 in Friedenau. Vorstellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. W. a. r. T. D. u. p. e. l. e. r. s. t. r. a. s. e. 8, und Fr. Schellhase, Altonaerstrasse 15a. — Raumschulenbergweg: Stock, Grünstrasse 2, II. — Neu-Weissensee: Heinrich Bachmann, Weidenstrasse 5, Ecke Friedrichstrasse. — Rummelsburg: Dargbert, Prinz Albrechtstr. 5a. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden!

Achtung! Gebr. Cranz' Festsäle Achtung!

Neu! Küssnerstr. 8. Neu!
Wir machen den geehrten Vereinen und Gewerkschaften hiermit bekannt, daß wir oben genanntes Etablissement nach längerer Renovierung Anfangs Oktober eröffnen werden. Dasselbe ist modern und mit allem Komfort, der Reizzeit entsprechend, eingerichtet. Gleichzeitig empfehlen wir den geehrten Vereinen und Gewerkschaften unseren grossen Festsaal mit neuer Theaterbühne, 1200 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Versammlungen und sind nach Sonnabende im Oktober, November, Dezember, Januar, Februar und März frei. Anmeldungen werden schon jetzt im „Victoria-Garten“, Badstrasse 12, angenommen. Hochachtungsvoll **O. Cranz**, 49292*

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomb. 1.50 M. Reparatur. sof. Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
(Haus Scharwächter.) Sprechst. 9-7 Uhr. 35/11*

Die einzig dastehenden Fielitz-Briquetts

(allererste Marke des ganzen Sauerländer, Kettwitzer, Ober- und Niederlausitzer Kohlen-Bezirks) in keine Städte geschlagen, ergeben durch ihre grobhartige Heizkraft vollständig die Zeintofe und übertreffen durch ihre langanhaltende Wint den Coaks und Doppelte. Den Beweis kann sich jede Hausfrau durch eine Probe selbst liefern.
Billigste Bezugsquelle
Edmund Beese, Comptoir: Schwedterstr. 43.
Filialen für den Kleinverkauf:

- Anklamerstrasse 23.
- Anklamerstrasse 51.
- Chorinerstrasse 68.
- Dragonerstrasse 6a.
- Dünkerstrasse 89.
- Fehrbellnerstrasse 18.
- Griebenowstrasse 20.
- Oderbergerstrasse 51.
- Pappel-Allee 27 (Inhaber: A. Böhm).
- Patbuserstrasse 17.
- Rheilsbergerstr. 27. (Inhaber: C. Haberland).
- Schliemannstrasse 42.
- Stargarderstrasse 57.
- Stralsunderstrasse 14.
- Swinemünderstr. 81.
- Weissenburgerstr. 34 (Inhaber: E. Röhl).

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unse einzige Tochter **Redwig** am Sonntag, den 31. August, verstorben ist.
Um jenes Beileid bitten
Die trauernden Eltern
Heinr. Günther und Frau,
Boppstrasse 1. 1815b
Die Beerdigung findet Mittwoch, 3. September, nachm. 5 1/2 Uhr, auf der Leichenhalle des Thomas-Archiboles, Hermannstrasse, aus statt.

Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte

Berlins und Umgegend.
Am 1. September starb die Frau unsees Mitgliedes, Kollegen **Eduard Beyer**

Frau Bertha Beyer geb. Lenz.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 4. September, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Altdorferstr. 11, aus auf dem Gammans-Kirchhofe statt.
Um rege Beteiligung ersucht
69/19 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berlin. Verwaltungsstelle Berlin. Nachruf.
Am Freitag, den 29. August er, verstarb unser langjähriges Mitglied, der Wärter

Georg Mechelke.

Ehre seinem Andenken!
120/5 Die Cröveder-Waltung.

Central-Verband d. Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.
Am 31. August d. Z. verstarb nach langer Krankheit unser treues Mitglied

Robert Wendt

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Kirchhofes (Marsstrasse) aus statt. 140/17
Die Verbandsleitung.

Dankagung.

Allen Freunden und Genossen, insbesondere Herrn Bahrfeld sowie den Kollegen der Firma Georg Grauert, Stralau, dem Gesangsverein „Sängerkreis“, den Genossen des IV. Wahlkreises (Osten) und des Vize- und Distrikts-Klubs „Eintracht“ für die erwiesene Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Mannes, unsees guten Bekanten, des Formers **Karl Urbach** lagen unseer herzlichsten Dank.
Admine Urbach nebst Kindern.

Von der Reise zurück. Dr. Scholl,

Strassberger-Strasse 10.
Dr. Simmel, Prinzstr. 41.
Spezialarzt für 85,10* **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Von der Reise zurück

Dr. Grotjahn

1929b* Alexandrinerstr. 90.
Stenographie Stolze-Schrey

Der Arbeiter-Stenographen-Verein **Stolze** eröffnet neue dreimonatliche Unterrichtskurse für Damen und Herren am **Freitag, den 5. September**, abends 8 1/2 Uhr, bei Grube, Annenstr. 16. **Dienstag, den 9. September**, abends 8 1/2 Uhr, bei Glogner, Schulstr. 29. Unterrichtsgeld 4 Mk. Die erste Stunde ist kostenfrei.

Arbeiter, Handwerker,

welche Cigaretten-Geschäfte errichten wollen, oder wer Inhaber eines Cigaretten-Geschäftes ist, laufe Cigaretten am besten und billigsten direkt von den Fabrikanten durch Vermittelung des Secretärs für sächsische Cigaretten.

S. Rund,

49429* Warfstr. 23 II. Telefon Amt VII 1924.
Achtung, Vereine!
Sonnabende und Sonntage im Oktober und November Saal frei!
Englischer Garten, Alexanderstr. 27c

Steppdecken

Kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik

H. Strohmandel, Berlin S.

72, Wallstr. 72, Rosstrasse, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 49873*

Honig! Unversäurte, Deutsche Bienenhonig, best. Qualität.

4er, die 10 Pfund ab zu 6,50 M., 5 Pfund 4 M., franko. Garant. Nachnahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhofs-Angelshaus, Oldenburg.

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57. Auskunft bis abends neun. 45399*

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten, Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Achtung! Genossinnen und Genossen. Achtung!

Mittwoch, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr:

Partei - Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin **Titilie Baader** über: Die Frauenkonferenz und der Parteitag in München. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Vertrauensperson.

Gewerkschaftskartell Berlins und Umgegend.

Heute, Mittwoch, den 3. September, abends 8 Uhr, in dem Lokal des Herrn Keller, Koppenstraße 29:

Gewerkschafts - Versammlung

sämtlicher im Kartell vereinigten Gewerkschaften.

Tages-Ordnung:

„Sind die Mitglieder des Vereins der Töpfer Berlins Streikbrecher?“ (Siehe Versammlungsbericht Nr. 193 des „Vorwärts“ vom 20. August).

Wegen der prinzipiellen Wichtigkeit obiger Tagesordnung wird es allen Mitgliedern der im Kartell vereinigten Gewerkschaften zur besonderen Pflicht gemacht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Der Ausschuss.

II. Wahlkreis.

Sonntag, den 7. September, in den Räumen der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:

Großes Volks-Fest.

Konzert

des Sinfonie-Orchesters (Kapellmeister: Herr Max Fischer.)

Vorträge der Gesangsvereine (Mitgl. des Arb.-Sängerbundes) „Kreuzberger Harmonie“, „Gerechtigkeit West“, „Freiheit West“ u. „Groß Hoffnung“. Dirigent: Herr Bleil.

Auftreten der Gesellschaft **Strzelewicz**. Großer Saal. Anfang 4 Uhr. — Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. Kinder erhalten eine Stokfaterne gratis. 210/8

Nur 15 Mk. Schweizer Uhren-Industrie. Allen Fachmännern, Offizieren, Post-, Bahn- und Polizeibeamten, sowie Jedem, der eine gute Uhr braucht, empfehlen wir unsere Original Schweizer Elektro-Gold-Remonte-Uhren. Diese Uhren besitzen ein vorzügliches, verlässliches, 36 stündiges Werk, sind genauest reguliert und erprobt und leisten wir für jede Uhr eine dreijährige, schriftliche Garantie. Die Gehäuse, welche auf der Pariser Weltausstellung mit der goldenen Medaille ausgezeichnet wurden, bestehen aus 3 Deckeln mit Sprungschloß (Kronenstift), sind hochmodern, prachvoll ausgestattet, feinst gullochiert und graviert und mit echtem Gold auf elektrischem Wege zerart überzogen. Das sie das Ansehen von echt goldenen Uhren besitzen und der beste Schutz für Ihre goldene Uhr sind. Preis einer Herren- oder Damenuhr nur 15 Mk. (früher 25 Mk.) franko u. zollfrei. Zu jeder Uhr ein Futteral gratis. Hochelgüte, moderne Ketten für Herren und Damen (auch Halsketten) 5.—, 8.— und 12.— Mk. Jede nicht konvenierende Uhr wird anstandslos zurückgenommen, daher kein Risiko! Versandt gegen Nachnahme oder vorherige Geldsendung. Bestellungen sind zu richten an das Uhren-Versandhaus „Chronos“ in Basel (Schweiz). — Briefe kosten 20 Pfg., Postkarten 10 Pfg.

Großes Volksfest auf dem Gesundbrunnen
findet heute, den 3. September 1902, statt.

Turnverein „Fichte“, Berlin.

Sonntag, den 7. September 1902:

Großes Spiel-Fest

auf dem Sportplatz Friedrichshain.

Turnen der Damen-, Männer- und Jugend-Abteilungen.

Wett- und Gesellschaftsspiele — Kinderspiele.

Anfang nachmittags 2 Uhr. Eintritt 10 Pf. nur an der Kasse. Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet. — Es ladet freundlich ein Das Komitee.

Anzüge nach Maß für Herren-Anaben
Größe und Stoff in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reizekleider etc. werden unter Garantie des guten Stoffs zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneidestisch bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Teilzahlung

monatlich 10 Mk. liefert elegante Herrenanbeide nach Maß. Bar Kasse allerbilligste Preise. **Wer selbst Stoff hat**, fertige Anzüge, Paletots nach Maß von 30 Mark an. **Temporowski, Schneidermeister, Prinzenstr. 55, Ecke Dresdenstraße. 49189***

Restaurant „Zum goldenen Bienenkorb“

Voltastraße 43, Ecke Wattstraße.

Donnerstag, den 4. September, abends 6 Uhr:

Frische Wurst.

Emil Böhl.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins!

Das Gewerkschaftskartell Berlins (lokale Richtung) hat zu heute, Mittwochabend, eine

Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung

bei Keller, Koppenstraße 29

(siehe Annonce im „Vorwärts“ vom 31. August) einberufen, welche darüber entscheiden soll, ob die lokalorganisierten Töpfer Streikbruch begangen haben oder nicht. In einer Einladung ersucht das Gewerkschaftskartell die Öffentlichkeit an dieser Versammlung teilzunehmen. Auch uns liegt daran, daß die Öffentlichkeit sich von dem wirklichen Sachverhalt überzeugen und ersuchen deshalb die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand der Filiale Berlin des Central-Verbandes der Töpfer.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an

M. Schulmeister, Schneidermeister,
Dresdenerstr. 4, | Hauptstrasse 143
am Kottbuser Thor. | Schöneberg.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Mehl- und Vorkostgeschäft mit Grünraum zu verkaufen. Wödenstraße 126. 17938*
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1737*
Dreijährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und gutartigen von 18 bis 45 Mark. Julius Lindemann, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Bruchstraße. 12688*
Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 35-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. Reihe spottbillig. Tuchlager Holzstraße 2. 17755*
Steyppfeden spottbillig. Fabrik Weinstraße 20. 17015*
Teppiche! (leichte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*
Große Betten, 11 Mark an, echt ägyptische Wandartenbaumwolle 190. Fabriklager Sandberger Allee Nr. 37, I. 12018*
Möbelmagazin liefert auf Teilzahlung Möbel, Teppiche, Gardinen unter constanten Bedingungen. Abzahlungen ab Jahre verteilt. Meyer, Invalidenstraße 38, nahe Schloßstraße. 12758*
Möbel, drei Zimmer, darunter Wischelschloß, elegant, 35,00, Wischelschloß, Säulenarmen 35,00, Wischelschloß, wenig benutzt, 50,00, Wischelspiegel, Bancelbreiter, Tisch, Kuchentisch 3,00, Spiegel, Bett, Bett, Kleiderständer, Bettdecken, räumungshalber spottbillig, Gartenstraße 148 I. links. 1133*
Müllgeschäft-Einrichtungen liefert **W. Jordan, Kleine Poststr. 28.** 12548*
Schanzgeschäft, gutgehendes, 2/3, Barisch, 2/3, Weißbier. Zu erfragen bei Dolz, Kiekerstraße 23. 15758

Teppiche, Betten, Steyppfeden, Gardinen, Spiegel, Regulatoren, Reppier-Uhren spottbillig. Verhändlung Reanderstraße 6. Teilzahlung gestattet. 34/19*
Möbel-Ausverkauf. Schützenstraße 2. Wegen Aufgabe des Geschäfts sollen viele Wohnmöbel-Einrichtungen sowie einzelne Möbel (Kuchen- u. Kleiderständer, Bett, Sofa, Spiegel, Esstisch, Stühle, Küchenschrank, Wasserkocher, Wassergarnituren, Salongarnituren, 75, Schreibstisch, Truhen, 40, Schreibtisch, sowie viele komplette englische Schlafzimmer, Salons, Wohn- und Speisezimmer. Brautleute, welche diese Gelegenheit ausnutzen, können für wenig Geld eine gute geeignete Einrichtung kaufen. Auch gebe ich hübschen Verten auf Teilzahlung. Gelassene Möbel können bis 15. Oktober lagern und werden durch eigenes Gespann geliefert.
Teppiche mit farbigensten Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1737*
Klingel-Röhrenmaschine, sehr billig Brandenburgerstraße 53, I. links. 18003*
Fahrräder, verfallene, Saison-schluß wegen Räumungsauflösung, neue Räder 65-75,00, großer, großer, gebrauchte Räder in jeder Preislage und jeder Marke von 25,00 an. Neupreis günstige Gelegenheitskäufe in kolonialer Auswahl. Fahrrad-Verhändlung, Neue Schönhauserstraße 11. 12708*
Einsegnungs-Anzüge, neue, neue, in blau und schwarz, Kammer- und Cheviot, Julius Lindemann, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Bruchstraße. 12708*
Teppiche billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1737*
Müllgeschäft vergrößerter billig zu verkaufen Lützowstraße 30. 1737*
Kinderwagen auf Gummi verfertigt Stamm, Reichenbergerstraße 115. 170*
Wagners Aufnahme (photo-graphische Aufnahme) als Andenken erhältlich. Parteilagerung Langenplatz 14/15. 170*

Vermischte Anzeigen.
Rechtsbureau Fabrik, Andreadstraße dreizehn, Rechtsbureau, Eingabengeld, Raterteilung. 18125*
Materialwarenhandlung zu verkaufen Bülowstraße 63. 18245*
Rechtsbureau Fabrik, Andreadstraße dreizehn, Rechtsbureau, Eingabengeld, Raterteilung. 18125*
Wasserkocher, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Fußger, Steingüterstraße 65. 16845*
Kunsthoferei von Frau Kolodko, Steinwegstraße 48, Quergebäude hochparterre.
Herrenkleider ausgedehnt, geräumt, geändert, billig, Abbolung, Zulassung frei. Renovierungsbüro Auguststraße 58. 17925*
Brothaussteg und alle andren Häuser laßt, beliebt Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI. 3397.*
Widertreibung! Wer sich über diese ungeliebte Gewissensart unter Zeit unterrichten will, verlange die Klageblätter des Rechtsbureaus gegen Abzahlung, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierärztlichen Verein, Köpenickerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1611*
Saal, Vereinsräume zu Versammlungen und Sitzungen noch frei Ankerstraße 10, Jannasch. 12598*
Vereinsszimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Vadenwig, Kommandantenstraße 65. 1202K*
Königliche Pfandkammer, Lager-scheine, Privat-Pfandscheine, alle Wertgegenstände, kauft hochzahlend Verhändlung Friedrichstraße 131 D, 1. Etage (Bahnhof Friedrichstraße). 1207*
Rechtsbureau, Projektionshand, Eingabengeld, Raterteilung. Hall, Brunnenstraße vierzig. 18256*
Antiquar eleganter Herren-garderobe, Teilzahlung gestattet, Marcus, Holzmarktstraße am Lützowplatz. 18096*

Vermietungen.
Wohnungen.
Wohnungen, große, kleine, 135 bis 195 Mark. Oymortor. Schramm, Frankfurterstraße 27. 18176*
Zimmer.
Sollongzimmer, gut möbliert, für 1 oder 2 Herren, vermietet Witwe Jacobson, Kolbergerstraße 26, vorn III.
Schlafstellen.
Zaubere Schlafstelle für zwei anhängige Herren bei Witwe Schreiber, Söthenmünderstraße 40. 1821b*
Schlafstelle vermietet sofort Billowstraße 63, im Laden. 1823b*
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Komiker frei. Gölz, Hufitenstraße 29. 17685*

Stellenangebote.
Tischlergehilfen auf Laden-Einrichtungen sucht Meier, Oranienburgerstraße 74.
Verfäbrer, Tischler, für Laden-Einrichtungen, sucht Meier, Oranienburgerstraße 74.
Selbständige Arbeiter auf Polsterarbeiten verlangen sofort Vorder u. Co., Rixdorf, Prinz Handwerkerstraße 60. 18196*
Tüchtigen Tischler auf besser polierte Arbeit sowie einen Rahmenmacher für einfache Rahmen verlangen D. Gohl u. Co., Rursfürstenstraße 146.
Tüchtigen Faden verlangt Max Leonhard, Goldschmiedestraße 76.
Lebensstellung. Lampenfabrik sucht einen durchaus erfahrenen Werkführer. Nur Bewerber, die über ihre Fähigkeiten Nachweis führen können, wollen ihre Adresse mit genauer Angabe der seitigen Tätigkeit unter O. 4 in der Expedition dieser Zeitung abgeben. 1828b*
Knabenblusen- und Hosen-Arbeiterin verlangt Hiege, Forsterstraße 41.
Fran, ältere, anhanglos, für kleinen Haushalt ohne Kinder gesucht. Freie Station, keine Vergütung. Schriftliche Meldung an Frau Schnabel, Simeonsstraße 28. 1818b*

Arbeitsnachweis deutscher Goldschmiede, Engel-Ufer 15.
Für sofort ein tüchtiger Fasser, eine Goldvollere (Vadengeld), ein Hammerarbeiter. 120/4*
Ein Wasserleitungs-Installateur
wird nach außerordentlich in der Nähe Berlins für dauernde Beschäftigung gesucht.
Nur selbständiger Arbeiter, welcher mit Verlegung von Leitungen etc. vollständig vertraut ist, kann sich melden. Bevorzugt wird derjenige, welcher schon in kleinen Städten solche Anlagen installiert hat.
Angebote nebst Zeugnisabschriften an die Expedition des „Vorwärts“ unter M. 4. 4986C*